

Europa! Aber welches?

Peter Gauweiler

Jo Leinen

Veranstaltung vom 16. Oktober 2012



Akademiegespräche im Landtag

Akademie für
Politische Bildung
Tutzing



Europa!
Aber welches?

Gedruckt mit Unterstützung des
Förderkreises der Akademie für Politische Bildung e.V.

Impressum

Tutzing/München 2013

Herausgeber:
Bayerischer Landtag
Abteilung Parlamentarische Dienste
Maximilianeum, 81627 München
www.bayern.landtag.de

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1, 82327 Tutzing
www.apb-tutzing.de

Begrüßung

Barbara Stamm

Präsidentin des Bayerischen Landtags

Einführung

Prof. Dr. Ursula Münch

Direktorin der Akademie für

Politische Bildung Tutzing

Vorträge

Europa! Aber welches?

Dr. Peter Gauweiler (MdB)

Jo Leinen (MdEP)

Auszüge aus der Diskussion

Barbara Stamm

Präsidentin des Bayerischen Landtags

Begrüßung

Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe verehrte Frau Professorin Münch!

Ich darf Sie zu unserem 46. Akademiegespräch sehr herzlich willkommen heißen. Ich begrüße natürlich ganz besonders auch die Kolleginnen und Kollegen des Bayerischen Landtags. Ich darf mich bedanken, dass Sie nach einem sehr arbeitsreichen Tag heute noch hier sind.

Es freut mich besonders, dass heute Abend auch der Vorstand der Stiftung Maximilianeum da ist: Lieber Hanspeter Beißer – Grüß Gott! Ein herzlicher Willkommensgruß auch den Damen und Herren der Ministerien, der höchsten Behörden, den Vertretern des Konsularischen Korps, der Gerichte, der Universitäten, Hochschulen und Akademien, der Medien und Verlage, der Vereine und Verbände. Ein Danke auch an die Damen und Herren von der Landtagspresse und ein herzlicher Willkommensgruß gilt natürlich Ihnen allen, die Sie heute Abend zu diesem Akademiegespräch gekommen sind.

Die Referenten darf ich begrüßen. Näheres wird dann Frau Professorin Münch dazu ausführen. Ich freue mich ganz besonders, unseren Staatsminister a.D. und früheren Landtagskollegen, Dich lieber Peter, Herrn Dr. Gauweiler, recht herzlich im Bayerischen Landtag begrüßen zu können. Es war einmal Deine Heimat und schön, dass Du heute da bist.

Es wird ein sehr interessanter Abend werden. Wir begrüßen auch ganz herzlich das Mitglied des Europäischen Parlaments, Herrn Jo Leinen, am heutigen Abend.

Frau Professorin Münch, es ist das zweite Akademiegespräch, das heute unter Ihrer inhaltlichen Konzeption stattfindet. Es ist Ihnen gelungen, vielversprechende Referenten zu einem hochaktuellen Thema hier ins Maximilianeum einzuladen und die Resonanz ist ganz hervorragend.

In unserer gemeinsamen Einladung haben wir zum Ausdruck gebracht: Europa ist Alltag. Ich glaube, dieser Feststellung kann und will niemand widersprechen. Trotzdem diskutieren wir seit einigen Wochen und Monaten so intensiv wie noch selten über Europa. Das hängt zweifellos mit der Eurokrise zusammen, von der wir bisher noch nicht genau wissen, wie sie ausgeht, aber intensiv hoffen, dass wir sie gemeinsam bewältigen. Es ist richtig, dass wir über die unterschiedlichen Wege zur Lösung der Probleme diskutieren und dass wir die Parlamente in die Entscheidungsprozesse einbinden. Dabei hat uns das Bundesverfassungsgericht, vor allen Dingen was den Deutschen Bundestag, aber natürlich auch, was die Länderparlamente betrifft, ganz entscheidend zur Seite gestanden.

Ich würde mir allerdings wünschen, dass wir nicht allein nur die ökonomische und finanzpolitische Seite im Fokus haben. Bundestagspräsident Norbert Lammert

hat am Tag der Deutschen Einheit – ich darf ihn zitieren – meiner Meinung nach in seiner Rede zu Recht betont: „Die europäische Währung ist nicht Europa, sie ist ein wesentliches unverzichtbares Mittel auf dem Weg zu einer politisch wie ökonomisch integrierten Union. Aber sie ist nicht ihr Kern und kann diesen schon gar nicht ersetzen.“ Und mit diesem Kern, meine sehr verehrten Damen und Herren, meinte er die gemeinsamen Werte und Überzeugungen, die gemeinsamen historischen Erfahrungen und den nach zwei Weltkriegen endlich umgesetzten Willen zu einer gemeinsamen Zukunft.

Als Deutsche und Europäer haben wir diesem Europa die Wiedervereinigung unseres Landes zu verdanken. Das sollten wir uns besonders in diesen schwierigen Zeiten immer wieder auch bewusst machen. Wir gehen diesen gemeinsamen europäischen Weg für ein Miteinander in Frieden und in Freiheit. Wie richtig dieser Weg ist, obwohl es auch unterschiedliches Echo gegeben hat, zeigt die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union, die – das sage ich hier offen – für mich das richtige Signal zum richtigen Zeitpunkt geworden ist.

Liebe Frau Professorin Münch, Sie haben das Wort. Ich wünsche uns allen einen sehr interessanten und spannenden Abend und noch einmal: Herzlich willkommen und gutes Gelingen heute Abend!

Prof. Dr. Ursula Münch

Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing

Einführung

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Stamm, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Angehörige des Konsularischen Korps, sehr geehrter Herr Dr. Gauweiler, sehr geehrter Herr Leinen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, dass die Präsidentin des Bayerischen Landtags und ich, Sie zum bereits 46. Akademiegespräch im Bayerischen Landtag begrüßen können und ich bedanke mich bei der Frau Präsidentin und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Hauses für die Gastfreundschaft und Zusammenarbeit bei dieser Veranstaltung.

Wir haben heute in diesem Saal viele Gäste, die sich in ihrer täglichen Arbeit mit der Europäischen Union befassen, die direkt oder auch indirekt mit der Europäischen Union zu tun haben. Wir werden heute im letzten Drittel der Veranstaltung selbstverständlich auch Ihnen die Möglichkeit geben, Fragen zu stellen oder Diskussionsbeiträge zu geben.

Außerdem haben wir, das ist eine Neuerung, die wir bereits beim letzten Akademiegespräch eingeführt haben, auch dieses Mal wieder relativ viele junge Zuhörerinnen im Saal – das sage ich dieses Mal ausdrücklich. Das liegt daran, dass wir in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing seit gestern eine sogenannte Politiksimulation laufen haben, weshalb

Schülerinnen des Edith-Stein-Gymnasiums mit ihren Lehrkräften bei uns sind. Diese Schülerinnen schlüpfen dabei in die Rolle einzelner Repräsentanten der Europäischen Union und bemühen sich, eine Richtlinie zu verabschieden. Ich habe gehört, sie sind schon schnell damit vorangekommen, weil sie sehr konsensorientiert sind. Diese jungen Frauen sind heute Abend mit dabei und beteiligen sich auch an der Diskussion.

Sie haben es schon gesagt, Frau Präsidentin, wie vom Akademiegespräch im Landtag nicht anders zu erwarten, greifen wir einerseits ein Thema von grundsätzlicher Bedeutung auf. Andererseits haben wir wieder ein Thema mit einer hohen aktuellen Relevanz. Diese Relevanz ist dieses Mal besonders augenfällig: Mit Blick auf die Terminwahl könnten wir beide jetzt so tun, als ob wir schon vorher gewusst haben, wie sich das Nobelpreiskomitee entscheiden wird. Und da es wahrscheinlich relativ schwierig sein wird, den Gegenbeweis zu führen, lassen wir das einfach mal so stehen.

In jedem Fall ist es natürlich eine sehr schöne Terminwahl. Und es ist sicherlich ein gewisser Paukenschlag, der da zu hören war. Wenn Sie sich unseren Veranstaltungstitel anschauen, dieses Ausrufezeichen hinter Europa, dann ist es durch diesen Nobelpreis sicherlich noch ein Stück weit dicker und größer geworden. Auf das Fragezeichen gehe ich später ein.

Mit dem Friedensnobelpreis für die Europäische Union zollt das Nobelpreiskomitee seine Anerkennung für den Beitrag der Europäischen Union zu Frieden und Stabilität auf einem Kontinent, dessen Nationen jahrhundertelang Krieg gegeneinander geführt haben. Der Preis verdeutlicht gerade uns Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union, dass die Europäische Union mehr ist als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft oder gar eine Schuldengemeinschaft. Sie ist vor allem eine Wertunion. Um dies zu erkennen, genügt schon ein Blick in die Präambel des Vertrages über die Europäische Union. Darin bekennt sich die EU zu den „unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte(n) des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle(n) Werte(n)“.

Das hört sich für meine Generation noch nach etwas Besonderem an. Hier in diesem Saal sind Menschen, die wissen, dass es tatsächlich etwas Besonderes ist, aber gerade für die jungen Menschen ist es zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Man muss sich aber immer wieder vergegenwärtigen, dass es 1945, aber auch 1989, Millionen Deutsche und Millionen Europäer gegeben hat, die von diesen Werten nur träumen konnten.

Sie wissen, dass die Verleihung des Friedensnobelpreises auch Kritik ausgelöst hat. In Brüssel hat es vermutlich niemanden gewundert, dass diese Kritik vor

allem in Deutschland relativ heftig ausgefallen ist. Einzelne Medien kommentierten, dass es eine komplett risikolose Preisvergabe gewesen sei, sie sei sogar „wohlfeil“ gewesen, hieß es bei *Spiegel Online*. Andere Beobachter wurden noch grundsätzlicher und sprachen von einer „sonntagsreduzierten Überhöhung der Europäischen Union“. Denn das sei ihr Hauptproblem: diese Überhöhung in den Sonntagsreden und die gleichzeitige Tabuisierung des europäischen Projekts. Diese Überhöhung werde durch die norwegische „Seligsprechung“ der Europäischen Union geradezu auf die Spitze getrieben und würde verhindern, dass es zu einer echten Auseinandersetzung auch mit den Defiziten kommt.

Ob es zutrifft, dass das europäische Projekt tabuisiert wird, darüber kann man trefflich streiten. Zutreffend aber scheint mir die Diagnose zu sein, dass der Europäischen Union etwas fehlt, und zwar etwas Zentrales. Ihr fehlt – meines Erachtens – eine einigende Leitidee, eine Zielvorstellung, die auch identitätsstiftend wirken kann, eine Zukunftskonzeption, um nicht zu sagen Zukunftsvision, die darüber Auskunft gibt, wohin sich Europa entwickeln und welche Gestalt es künftig annehmen soll. Weil diese Zukunftsvision fehlt, fehlt es auch an einer gewissen Orientierung.

Woran es dagegen überhaupt nicht mangelt, sind die allseits bekannten komplizierten Abkürzungen und vor allem die

formelhaften Formulierungen. Die Charakterisierung der Europäischen Union als Staatenverbund, wie es zum Beispiel das Bundesverfassungsgericht unternimmt, oder die vor allem in Seminarräumen beliebte Charakterisierung der EU als System *sui generis*, helfen nicht weiter. Diese Charakterisierungen beschreiben nur das Anderssein des Status quo; sie beschreiben aber nicht eine Perspektive für die mögliche, auch für die notwendige Weiterentwicklung der Union. Sie sind im Grunde nur Hilfsmittel, Brücken, aber sie bieten keine weitere Orientierung.

Auch die vertraglichen Grundlagen der EU geben keine klare Auskunft über das Wohin. Die Mitgliedstaaten bekräftigen im Vertrag über die Europäische Union zwar ihre Entschlossenheit, den Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas weiterzuführen, aber wie diese engere Union aussehen soll, bleibt offen. Wie lange wird es noch offen bleiben? Seit heute Morgen haben wir wieder ein neues Stichwort, ein neues Schlagwort in der europäischen Debatte. Einige von Ihnen haben sich wahrscheinlich schon einen groben Überblick verschafft über den Vorschlag des Bundesfinanzministers für einen Masterplan für die Eurozone.

Dieser Masterplan würde auch Auswirkungen auf die Europäische Union haben, weil Schäuble unter anderem die Stärkung des EU-Währungskommissars und die Einschränkung nationaler Haushaltssou-

veränität vorschlägt. Wir haben immer wieder, und in letzter Zeit öfters, solche einzelnen Schlagwörter oder Konzepte gehört, und es wird sich jetzt zeigen müssen, ob daraus mehr folgen wird.

Offen bleibt bei der Diskussion, welche Rolle die Mitgliedstaaten spielen sollen. Es bleibt unklar, ob und wenn ja, welche Aufgabenverteilung es zwischen den Mitgliedstaaten geben soll. Soll es ein Europa der gleichen Geschwindigkeiten sein? Oder eines der unterschiedlichen Geschwindigkeiten mit unterschiedlichen Aufgaben der Mitgliedstaaten? Welche Rolle soll die Bundesrepublik Deutschland künftig spielen? Soll sie weiterhin die Rolle des Zahlmeisters mit einer halb-hegemonialen Stellung innehaben? Als „halb-hegemoniale Stellung“ hat diese Position neulich ein Kollege, ein Historiker, bezeichnet. Ist die Bundesrepublik auf die Rolle des Bedenkenträgers in der EU verwiesen? Oder ist sie diejenige, die die ganze europäische Integration vorantreibt, weil es fast nur die Bundesdeutschen sind, die über diesen möglichen Bundesstaat Europa tatsächlich nachdenken?

Offen erscheinen auch die Rolle und die Gestaltungsmöglichkeiten der subnationalen Einheiten, gerade auch der deutschen Länder. Die Frage bleibt auch deshalb unbeantwortet, weil sie in den wenigsten Mitgliedstaaten tatsächlich eine Rolle spielt. Für die bundesdeutschen Länder, und allen voran sicherlich für den

Freistaat Bayern, ist es aber eine Frage, die uns umtreiben muss und umtreibt. Unklar und auch politisch umstritten ist, wie die Union mit den verschiedenen Herausforderungen umgehen soll, vor denen sie steht und damit bleiben die Fragezeichen in unserem Titel groß und allseits erkennbar, trotz des dicker gewordenen Ausrufezeichens.

Zwei Herausforderungen will ich im Rahmen dieser Einführung für die Diskussion heute Abend kurz nennen. Die erste Herausforderung lautet: Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nach innen und nach außen. Das war eines der zentralen Themen aller Reformen seit Gründung der Union, begonnen mit dem Vertrag von Maastricht. Zuletzt wurde der Entscheidungsprozess im Vertrag von Lissabon erneut vereinfacht, unter anderem durch die Veränderung der Mehrheitsregeln.

Andererseits, auch das ist eine Frage der Handlungsfähigkeit, wird der europapolitische Entscheidungsprozess immer komplizierter. Erstens, weil die Union gewachsen, die Zahl der Mitgliedstaaten gestiegen ist. Zweitens, weil die politischen Herausforderungen komplexer und vielseitiger geworden sind. Und drittens, weil die Europäische Union als zentrale Ebene, wie es eigentlich für alle derartigen Systeme charakteristisch ist, schlicht und ergreifend dazu neigt, zunehmend Aufgaben an sich zu ziehen. Daraus ergibt sich die grundlegende Frage, wie angesichts

der Anforderungen und existierenden Regulierungswünsche die Handlungsfähigkeit dieses Systems ‚Europäische Union‘ sichergestellt werden kann.

Es gibt unterschiedliche Konzepte und darüber wollen wir heute Abend auch reden. Ist diese Handlungsfähigkeit nur erreichbar durch eine weitere Fortführung der Integration? Oder muss die Wirtschafts- und Währungsunion um eine politische Union mit weitreichenden Kompetenzen ergänzt werden? Muss der Bundesstaat Europa das Ziel sein? Ist er unter Umständen sogar unvermeidbar? Oder ist die EU bereits jetzt an den Grenzen der Regierbarkeit angelangt? Muss die Zukunft Europas deshalb eher bei den subnationalen Einheiten oder zumindest bei den Mitgliedstaaten liegen, und damit bei der Stärkung des Subsidiaritätsprinzips?

Das ist also die eine Herausforderung: die Frage nach der Handlungsfähigkeit. Die andere, vielleicht sogar noch dringlichere und in letzter Zeit stärker artikulierte Herausforderung ist die Frage nach der demokratischen Legitimation der Europäischen Union, und damit verbunden: die Partizipationserwartungen der Bürgerinnen und Bürger. Das Demokratiedefizit der Europäischen Union ist – das wissen Sie – vielfach beschrieben und natürlich auch beklagt worden. Auch hier wurden Fortschritte gemacht, gerade im Vertrag von Lissabon, Stichwort „Stärkung des Europäischen Parlaments“.

Gleichzeitig sehen wir aber gerade im Zusammenhang mit der Finanzkrise immer mehr Tendenzen, von denen man befürchten muss, dass sie mit den Prinzipien einer Demokratie schwer oder vielleicht auch gar nicht mehr zu vereinbaren sind.

Meines Erachtens ist ein großer Teil des Unmuts, den man allerorten in der bundesdeutschen Bevölkerung hört, gegenüber der Politik und den Politikern, darauf zurückzuführen, dass die Bürger den Eindruck haben, dass sie zur Wahl ihrer Abgeordneten zwar aufgerufen und motiviert werden, dass aber gleichzeitig die Gewählten nichts zu sagen haben, zumindest nicht in den Bereichen, die als relevant und wichtig erkannt werden.

Die Menschen haben die Befürchtung, dass die National- und gar die Landtagsabgeordneten überhaupt keine Handlungs- und Entscheidungsspielräume mehr besitzen, vor allem wegen der Sachzwänge im Rahmen der Eurorettung. Damit tut sich automatisch ein extremer Widerspruch zu unserem Demokratieverständnis und unserem repräsentativen System auf, das auf der Annahme beruht, dass die demokratisch legitimierten Institutionen und Amtsinhaber auch den notwendigen Handlungsspielraum besitzen, um Einfluss nehmen zu können. Der Grundgedanke von Repräsentation ist, dass ich meine Stimme jemandem übertrage und dass delegiert wird; dass diejenigen aber, an die delegiert wird, auch

die nötigen Gestaltungsmöglichkeiten haben.

Dieses Vertrauen in die Wirksamkeit der Delegation von Entscheidungsmacht auf die Volksvertreter wird jedoch unterlaufen, und damit wird auch unser repräsentatives System gelegentlich, aber zunehmend häufig, infrage gestellt. Wir haben es also mit einem Vertrauensverlust zu tun – weniger in das politische Personal, obwohl das auf einer weiteren Ebene sicherlich noch hinzu kommt –, sondern mit einem Vertrauensverlust in die Wirksamkeit nationaler Politik.

In Verbindung damit haben sich die Partizipationserwartungen der Bürger in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Eine indirekte demokratische Legitimation von Entscheidungen, vermittelt über eine vielgliedrige Legitimationskette, genügt vielen Menschen nicht mehr. Sie wollen selbst entscheiden, auch in europapolitischen Fragen. Bei dieser zweiten Herausforderung stellt sich also die Frage, wie die EU dem Erfordernis der demokratischen Legitimation und dem Wunsch nach einer stärkeren Partizipation der Bürger gerecht werden kann.

Muss die EU konsequent europäische Entscheidungsprozesse demokratisieren? Ist dies überhaupt möglich? Oder gilt auch hier die Befürchtung, dass wir bereits an eine Grenze gestoßen sind und sich diese Partizipationserwartungen womöglich

nur in kleineren Einheiten befriedigen lassen?

Sie sehen, ein ganzer Reigen von Fragen, über den wir heute Abend diskutieren werden und die wir zum Anlass nehmen wollen, auch mit Ihnen ins Gespräch zu treten. Es gibt natürlich ganz unterschiedliche Möglichkeiten, auf diese Fragen einzugehen und Prioritäten zu setzen, und vor allem gibt es ganz unterschiedliche Antworten.

Wir weichen deshalb heute vom sonstigen Format der Akademiegespräche im Landtag ab. Ein einziger Referent schien uns für die Suche nach den möglichen Antworten nicht sinnvoll. Wir hatten den Wunsch, ein gewisses Spektrum abzubilden, und weil die Auseinandersetzung über die Zukunft Europas kontrovers ist, wollen wir die genannten Aspekte mit zwei Protagonisten diskutieren, die bekannt dafür sind, recht kontroverse Antworten zu geben, vor allem auf die genannte Frage mit dem dicken Fragezeichen: „Aber welches?“

Ich darf Ihnen die Referenten des heutigen Abends vorstellen. Ich beginne mit Herrn Dr. Peter Gauweiler. Die Landtagspräsidentin hat schon deutlich gemacht: Man muss Herrn Gauweiler in diesem Kreis nicht vorstellen. Aber da wir ja den einen oder anderen Zugereisten haben, tue ich es dennoch. Herr Gauweiler ist 1949 in München geboren, hat hier und

in Berlin Jura studiert und ist seit der Promotion auch in München als Rechtsanwalt tätig. Er hat sich schon sehr früh politisch engagiert, als Vorsitzender des RCDS an der LMU zum Beispiel, und ist auch schon relativ früh, ebenfalls 1968, in die CSU eingetreten. 1972 wurde er mit 23 Jahren zum jüngsten Stadtrat Münchens gewählt, und war 10 Jahre später bereits berufsmäßiger Stadtrat. Als solcher wurde er Leiter des Kreisverwaltungsreferates und war einer der wenigen berufsmäßigen Stadträte der Landeshauptstadt München, die auch bundesweit bekannt wurden, unter anderem, weil er schon damals eine gewisse Art an den Tag legte, Themen anzusprechen. Im Jahr 1986 wurde Herr Gauweiler Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern und war unter anderem zuständig für die Polizeieinsätze an der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Wenige Jahre später kandidierte Peter Gauweiler dann für den Posten des Oberbürgermeisters in München. Gegenkandidat war Christian Ude, und es war die erste Wahl von Christian Ude zum Oberbürgermeister. Herr Gauweiler war gleichzeitig seit 1990 Mitglied des Bayerischen Landtags bis 2002. Im Jahr 1990 wurde er für vier Jahre Bayerischer Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen. Seit 2002 ist er Mitglied im Deutschen Bundestag.

Bereits zu Beginn dieses sich intensivierenden Prozesses der Europäischen Union hat Herr Gauweiler immer wieder ver-

gleichsweise harsche Positionen gegenüber der EG vorgebracht, gerade gegenüber den Maastricht-Verträgen, die er – so zumindest ein Zitat – als „hausgemachte Schnapsidee“ bezeichnet hat. So kam er schon damals in eine Position, in der er sich noch heute befindet, dass er nämlich zumeist eine etwas andere Europapolitik vertritt als der Rest seiner Partei.

Uns allen bekannt ist Herr Gauweiler durch verschiedene Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht, nicht nur in Sachen EU oder EG, sondern zum Beispiel auch im Jahr 2007 gegen den Einsatz von Tornadoaufklärungsflugzeugen der Bundeswehr in Afghanistan. Vor allem aber mit Klagen in EU-Sachen ist er hervorgetreten – gegen den EU-Reformvertrag, den Vertrag von Lissabon, gegen den Euro-Rettungsschirm und auch in Sachen Fiskalpakt und europäischer Stabilitätsmechanismus.

Herr Gauweiler konnte sich zuletzt mit diesen Klagen beim Bundesverfassungsgericht nicht durchsetzen, aber er hat sicherlich wichtige Anregungen gegeben und viele zentrale Punkte angesprochen, die auch die bundesdeutsche Diskussion geprägt haben. Aus meiner Darstellung wird schon sichtbar, dass Herr Dr. Gauweiler nicht unter Harmoniesucht leidet, sondern gerne polarisiert.

Das verbindet ihn mit unserem zweiten Referenten, der zwar aus einem anderen

parteipolitischen Lager kommt, nämlich von der SPD, aber auch dort nicht für Harmoniesucht bekannt ist. Herr Jo Leinen ist – das haben Sie vorhin schon gehört – derzeit Mitglied des Europäischen Parlaments. Er wurde 1948 im Saarland, unmittelbar an der Grenze zu Frankreich geboren, und ein Schelm, der denkt, dann muss man sich auch in Europa politisch engagieren. Herr Leinen hat ebenfalls Rechtswissenschaft studiert, auch Wirtschaftswissenschaften in Saarbrücken und in Bonn. Er hat sich zudem mit EG-Recht und internationaler Politik in Belgien und in den USA beschäftigt und war viele Jahre lang als Rechtsanwalt in Freiburg im Breisgau tätig. Auch Herr Leinen war schon sehr früh politisch aktiv, am Anfang weniger parteipolitisch gebunden, sondern – in den 1970er Jahren – zunächst als Organisator von Großdemonstrationen gegen den Bau von Kernkraftwerken.

Auch Herr Leinen hat seine Erfahrungen mit dem Bundesverfassungsgericht gesammelt beziehungsweise umgekehrt: das Bundesverfassungsgericht mit ihm, sogar in einer sehr lange währenden Prozessreihe über den Aufruf zu einer nicht genehmigten und gewalttätigen Demonstration, die schließlich vor dem Bundesverfassungsgericht endete. Das Bundesverfassungsgericht hat das damalige Demonstrationsverbot schließlich für verfassungswidrig erklärt.

Parteipolitisch war Herr Leinen zum Beispiel im Bereich der internationalen Jugendpolitik beim SPD-Parteivorstand engagiert. Zudem war er immer auch in anderen Bereichen, nämlich in Verbänden aktiv, zum Beispiel als Vorstandssprecher des *Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz*. Herr Leinen war – ich erlaube mir diesen Ausdruck – das umweltpolitische Zugpferd der SPD im saarländischen Landtagswahlkampf und wurde im Jahr 1985 zum Landesminister für Umwelt bestellt. Das Amt übte er bis 1994 aus, und diejenigen, die noch die Jahreszahlen von Herrn Gauweilers Amtszeit als Umweltminister in Bayern im Kopf haben, können eine vierjährige Überschneidung feststellen. Also: Die beiden Herren kennen sich von früher und hatten gelegentlich auch bei Umweltministerkonferenzen miteinander tun.

Gleichzeitig findet sich bei Herrn Leinen immer schon ein großes europapolitisches Interesse und Engagement. Er war Vorsitzender des Europaausschusses im saarländischen Landtag, Mitglied im Ausschuss der Regionen der EU und ist seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments, wo er einerseits im Ausschuss für Verfassungsfragen war und immerhin fünf Jahre lang, nämlich von 2004 bis 2009, dessen Vorsitzender. Er hat am Konvent zur Erarbeitung einer Europäischen Grundrechtecharta mitgewirkt. Andererseits war er auch gleichzeitig noch Mitglied im Umweltausschuss des Europaparlaments.

Die Verbindung von Umwelt- und Europa-politik ist eine auffallende Gemeinsamkeit, die wir zwischen den beiden Herren fest-stellen können. Herr Leinen hat außerdem letztes Jahr – das noch als Hinweis für alle Interessierte – ein Buch zum Thema „Die Zukunft Europas. Für eine demokratische und soziale EU“ veröffentlicht.

Sie merken aus der Vorstellung, aus den einführenden Worten, dass uns vermutlich ein recht interessanter Abend bevor-steht und es wohl einige Kontroversen zwischen diesen beiden Männern mit ih-rem dezidierten Überzeugungen und sehr engagierten Lebensläufen geben wird.

Ganz kurz zum Ablauf: Beide Referenten werden zunächst mit einem Kurzvor-trag einsteigen. Herr Dr. Gauweiler wird beginnen, Herr Leinen hält den zweiten Vortrag. Wir werden dann anschließend hier vorne kurz die Gelegenheit haben, auch untereinander die eine oder andere Replik auszutauschen. Danach besteht selbstverständlich auch für Sie die bereits angesprochene Möglichkeit, sich an der Diskussion zu beteiligen. Wir sind ge-spannt, zu welchen Einschätzungen Sie beide kommen. Ich freue mich auf Ihre Vorträge und bedanke mich im Namen aller jetzt schon für eine bestimmt kur-zweilige Veranstaltung.

Europa! Aber welches?
Dr. Peter Gauweiler (MdB)

Vortrag

Frau Präsidentin des Bayerischen Landtags, Frau Stamm, sehr verehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen aus dem Bayerischen Landtag, Frau Professorin Münch, lieber Herr Leinen und verehrte Damen und Herren!

Es ist ein Moment der Heimkehr, hier wieder zu sein. Nicht nur, weil ich liebe und verehrte Kollegen aus Bayern und aus dem Landtag wieder Auge in Auge sehen kann und mich an alte Zeiten erinnere, sondern auch, weil ich nach langen Jahren wieder einmal Jo Leinen vor mir habe.

Frau Professorin Münch, bei den angeprochenen Umweltministerkonferenzen mit Herrn Leinen und mir, war auch, wenn ich mich richtig erinnere, aus dem Bundesland Hessen ein gewisser Joschka Fischer dabei, und aus Niedersachsen, aus der Regierung des Ministerpräsidenten Schröder, der Umweltminister Jürgen Trittin. Das waren immer recht muntere Veranstaltungen.

Ich erinnere mich aber auch daran, dass wir damals von Bayern aus in Sachen Abfallentsorgung gegen das „Duale System“ vom Leder gezogen sind: „Getrennt sammeln, vereint verbrennen!“ Ich weiß nicht, ob Sie, Herr Leinen, mitgemacht haben, aber Herr Fischer war sicher dabei.

Europa – aber welches? Staatlichkeit – aber welche? Die Bayerische Verfassung hat bis in die 1990er Jahre diese Frage

ganz vorne in ihren ersten drei Artikeln mit einem Dreiklang beantwortet: „Bayern ist ein Freistaat. Bayern ist ein Volksstaat. Träger der Staatsgewalt ist das Volk. Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat. Er dient dem Gemeinwohl.“

Zu diesem Dreiklang hat der Volksgesetzgeber in Bayern in den 1990er Jahren festgelegt, wie die Frage „welches Europa?“ beantwortet werden soll, nämlich in einem neuen Artikel 3a, der überschrieben ist mit „Europäische Einigung“.

„Bayern bekennt sich zu einem geeinten Europa, das demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen sowie dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist, die Eigenständigkeit der Regionen wahrt und deren Mitwirkung an europäischen Entscheidungen sichert. Bayern arbeitet mit anderen europäischen Regionen zusammen.“

Damit ist ein Rahmen gesteckt. Diese Vorgabe ist der Violinschlüssel unserer Verfassung. Also: Ich habe nichts gegen die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU einzuwenden, denn er gilt einer großen und humanen Idee, weil Menschenwerk allmenschlich verwirklicht wird.

Im Moment leidet die EU unter dem, worunter auch das wiedervereinigte Deutschland gelitten hat, nämlich an einem Phänomen, das den Psychiatern

wohlvertraut ist, und das mit dem Begriff der „Erfolgsdepression“ überschrieben wird. Wenn eine Sache klappt, dann soll sie immer weitergehen – und übersteigt irgendwann eine Schwelle, bei der aus Erfolg Misserfolg wird.

Der große Goethe hat das in seinem Faust in den Monolog übersetzt: „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage“. Also, es ist gut mit dem Friedensnobelpreis. Hätten die für die Währung zuständigen Kommissare der Europäischen Union den Wirtschaftsnobelpreis bekommen, wäre das eine andere Sache und wir müssten darüber vielleicht ein wenig diskutieren.

„Welches Europa?“ Die Frage nach der politischen Union hat Frau Professorin Münch in ihrem Einleitungsreferat schon gestellt und in gewisser Weise beantwortet, weil sie die Frage nach der politischen Union mit dem Hinweis auf das demokratische Defizit der europäischen Instanzen beantwortet hat. Aber richtig ist auch, dass am Anfang der Diskussion, die uns jetzt so beutelt, nämlich die Währungsdebatte und die Eurorettung, die berechtigte Forderung nach einer politischen Union stand.

Ich erinnere mich noch gut, wie in den frühen 1990er Jahren alles anfing. Selbstverständlich, sagte Helmut Kohl im Deutschen Bundestag, verlangen wir für die Konstruktion einer gemeinsamen Währung den politischen Verbund, die politische Union, denn bis dato war es in der

Währungsgeschichte eine Selbstverständlichkeit, dass Währung einen einheitlichen Staat voraussetzt, nicht im Sinne einer nationalen Idee, sondern im Sinne eines einheitlichen Steuerwesens, eines einheitlichen Abgabesystems, eines einheitlichen Systems der Subventionen und des staatlichen Inkasso, um eben das zu tun, was man Geld- und Finanzpolitik nennt.

Jeder weiß, dass diese politische Union nicht durchgesetzt worden ist. Jeder weiß, dass es auch heute in der Sache große Einwände gegen das Ob der politischen Union gibt, Einwände über die wir heute sprechen werden. Aber wir haben die Währungsunion trotzdem gewagt – und die Lösung für das Dilemma sollten die Stabilitätskriterien sein.

Für die politische Union heute bräuchten wir einen EU-Finanzminister, der durchregiert von oben nach unten, oder jetzt den neuen „Masterplan“, von dem wir gehört haben. Eine Bundesrepublik Europa mit einem europäischen Herrn Schäuble an der Spitze kann das aber nicht sein, solange ein deutscher Herr Schäuble in Berlin über eine nordrhein-westfälische Frau Schäuble in Düsseldorf überhaupt nichts zu bestimmen hätte. Folglich müsste das System in Deutschland angeglichen werden, etwa im Sinne der französischen Departements, wo ein einigermaßen zügiges Durchregieren – trotz Einschränkungen auch hier – noch möglich ist. Griechenland wäre dann ein Nordrhein-Westfalen mit gutem Wetter.

Nicht umsonst werden als positives Beispiel einer politischen Union immer auch die Vereinigten Staaten von Amerika genannt. Unter dem Wappen des amerikanischen Präsidenten – und dort beginnt mein Einwand – steht allerdings: „e pluribus unum“ – „aus vielem eins“.

Das Europäische an Europa hat der frühere Papst, der große Papst aus Polen, Johannes Paul II., übersetzt mit „versöhnte Verschiedenheit“, also der Unterschied als Wert. Das heißt aber auch, dem Anderen nicht die eigene politische Kultur im Stile „Du musst sein wie wir“ aufdrängen zu wollen. Es heißt anzuerkennen, dass der Unterschied das Wertvolle an Europa ist: das Patchwork, seine Sprachen, seine Kulturen, die andere Art zu leben.

Das beantwortet schon die Frage, ob Alexis Sorbas unbedingt nach deutschen Stabilitätskriterien leben können muss. Vergessen wir nicht, was Thomas Mann am 8. Mai 1945 in seiner großen Rede „Deutschland und die Deutschen“ in der *Library of Congress* gesagt hat: „Was wir wollen müssen, ist ein europäisches Deutschland. Was wir nie mehr wollen sollen, ist ein deutsches Europa.“ Unsere Partner müssen nicht sein wie wir, und sie sollen es auch nicht.

Da wir jetzt gerade den 50. Jahrestag des Élysée-Vertrags feiern und an Konrad Adenauer und Charles de Gaulle denken, habe ich über Ihre Frage „Europa! Aber

welches?" bei dem großen General über die „europäische USA“ in seinen Memoiren nachgelesen. De Gaulle schreibt in seinen „Memoiren der Hoffnung“, ich zitiere:

„Welche Kurzsichtigkeit verrät der oft von naiven Gemütern vorgebrachte Vergleich dessen, was Europa tun sollte, mit dem, was die Vereinigten Staaten getan haben, die doch von Wellen um Wellen entwurzelter Siedler ausgehend von nichts auf jungfräulichem Boden geschaffen wurden? Welch tiefer Illusion (...) muss man verfallen, um glauben zu können, europäische Nationen, (...) deren jede ihre eigene Geografie, ihre Geschichte, ihre Sprache, ihre besondere Tradition und Institution hat, könnten ihr Eigenleben ablegen und nur noch ein einziges Volk bilden?“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Jürgen Habermas ist möglicherweise kein Gaullist. Er sieht in der Europäischen Union einen Schritt auf dem Weg zur politisch verfassten Weltgesellschaft und plädiert gerade deshalb dafür, an ihr festzuhalten. Er hat einen großen eindrucksvollen Vortrag dazu Mitte dieses Jahres in der Berliner Humboldt-Universität gehalten. Weil er ein freier Mann ist, hat er aber auch die Probleme dieses Festhaltens offen angesprochen: Habermas wies darauf hin, dass die Gefahr besteht, ich zitiere wiederum, „dass supranationale Organisationen verstärkt den erreichten Zusammenhang von Menschenrechten und Demokratie zerstören können und dass

durch eine weltweit verselbstständigte Exekutivgewalt der demokratische Souverän seiner Rechte enteignet wird.“

Zu den Rechten des demokratischen Souveräns gehört die Politik als Richtungsscheider, die Regelung der Verhältnisse, nicht weil Abgeordnete so wichtig sind – Entschuldigung, liebe Kolleginnen und Kollegen –, sondern weil in jedem Abgeordneten die Vertreterin und der Vertreter des ganzen Volkes spricht und weil die Rechte, die man den Abgeordneten nimmt, der Bevölkerung genommen werden.

Wenn wir durch die Brille der Bayerischen Verfassung das Direktorium und den Gouverneursrat des Europäischen Stabilisierungsmechanismus und die faktische Nicht-Mitwirkung der Regionen an den europäischen Entscheidungen betrachten, dann müssen wir resigniert feststellen: Ab einer Milliarde Euro ist die Demokratie und das Volk offenbar nicht mehr dabei. Statt dessen heißt es: Streitet ihr im Parlament weiter über die Einrichtung der internationalen Bibliothek in Helsinki, die zugegeben sehr wichtig ist, wenn es um 60.000 Euro geht! Dort, wo die großen Linien entschieden werden, aber sitzt ein Apparat – Enzensberger sagt, ein „sanftes Monster“ –, der die Richtung bestimmt, aber diese Leute sind von niemandem auf der Welt, schon gar nicht in Europa, gewählt.

Das ist der Punkt, an dem wir nicht mehr mitmachen dürfen! Deswegen habe nicht

nur ich, sondern Kolleginnen und Kollegen aus allen politischen Lagern, gesagt: Hier gehen wir nicht mehr mit! Nur bei der Klage gegen den Vertrag von Lissabon, so weit es gegen das deutsche Begleitgesetz, ein Transformationsgesetz, ging, war ich der einzige Kläger. Aber das Bundesverfassungsgericht, das dieses Gesetz für nichtig erklärt hat, hat in über 35 Gebieten dem Deutschen Bundestag und damit den Wählerinnen und Wählern die Rechte wieder zurückgegeben, die zuvor aufgegeben wurden.

Bei der Klage gegen den ersten Rettungsschirm EFSF lautete zwar die Überschrift des Urteils: Die Klage wird abgewiesen. Aber warum hat das Gericht dann in seiner Kostenentscheidung gesagt, dass der Verlierer des Verfahrens trotzdem ein Drittel der Kosten vom Bund erstattet bekommt? Weil das Gericht den ersten Rettungsschirm durch eine verfassungskonforme Interpretation, mit einer Umdrehung des Wortlauts, verfassungsrechtlich überhaupt erst anwendbar gemacht hat. Denn im Wortlaut dieses ersten Rettungsschirms stand, dass der Bundestag informiert wird, aber nicht entscheidet. Unsere Gerichte haben einfach auf das „nicht entscheidet“, auf das Wort „nicht“, ihren Finger gelegt und formuliert, dass der Bundestag „informiert wird und entscheidet“.

Dann gab es die nächste Klage, weil der Bundestag und die politischen Kräfte aller

Parteien – mit Ausnahme der Linken, was jetzt einen längeren Vortrag von mir erforderlich machen würde, das im Einzelnen darzustellen –, beschlossen haben, das Ganze einem sogenannten „Minigremium“ zu übergeben, einem Neunergremium. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Konstruktion erneut ausgehebelt und verfügt, dass bei Fragen mit Beträgen, die höher als die Steuereinnahmen eines ganzen Landes sind, nicht wie in einem Geheimdienstausschuss entschieden werden darf. Die Angelegenheit sollte Sache des ganzen Parlaments sein, das im Einzelnen seine vorbereitenden Ausschüsse damit beschäftigt.

Im dritten Fall, beim letzten Rettungsschirm, hat dann das Bundesverfassungsgericht – zum ersten Mal in der Geschichte des Gerichts – den Inhalt eines völkerrechtlichen Vertrags gedreht, und zwar sowohl, was die Höhe der Verpflichtung, als auch, was die demokratische Mitwirkung angeht. Die Höhe wurde unmissverständlich auf 190 Milliarden Euro festgelegt, was ohnehin schon eine Riesensumme ist.

Der erste Betrag, den wir sofort einbezahlt haben, umfasste 22 Milliarden Euro. Und weil vorhin die Vertreter der Universitäten begrüßt worden sind, sei gesagt: Das ist auf einen Schlag das Doppelte des Bildungshaushalts der Bundesrepublik Deutschland. Im ESM-Vertrag stand, dass die Mitglieder des Direktoriums, also das

Zentralkomitee, das hierüber entscheidet, niemandem auskunftspflichtig ist. Das abzuändern, ist immerhin erreicht worden – ich sage immerhin.

Erst in der Hauptsache des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht wird beraten werden, ob die Europäische Zentralbank verbotene Staatsfinanzierung begeht, wenn sie Staatspapiere ankauft, die auf dem freien Markt wertlos geworden sind, um den betroffenen Staaten Zinserleichterung zu verschaffen. Das Gericht hat erklärt, und zwar in fünf Fällen dieser Urteilsbegründung, dass es sich damit erst in der Hauptsache beschäftigen wird. Mir wäre lieber gewesen, die Frage wäre im Eilverfahren entschieden worden, aber das konnte nicht erreicht werden. Aber ich habe es immerhin versucht.

Vielen herzlichen Dank.

Europa! Aber welches?

Jo Leinen (MdEP):

Vortrag

Frau Landtagspräsidentin Stamm,
Frau Professorin Münch, Kolleginnen und
Kollegen Landtagsabgeordnete,
Kollege Dr. Gauweiler,
meine Damen und Herren!

Es ist mir eine große Freude, trotz des Fußballspiels Deutschland – Schweden einen vollen Saal zu sehen zum Thema „Europa! Welches Europa wollen wir?“ Das freut natürlich einen Europaabgeordneten, weil ich auch die Sorge habe, Europa schreitet in Riesenschritten voran und die große Mehrheit der Menschen bekommt davon nichts mit oder weiß nicht viel über das, was dort geschieht.

Es ist mir natürlich auch eine Freude, meinen alten Kollegen Dr. Peter Gauweiler zu treffen. Da sieht man mal, wie das voranschreitet, da streiten wir uns über das Dualen System und ob der Plastikbecher hier oder woanders hingehört. Doch heute geht es dann doch um etwas Größeres bei der Frage, wohin wir diesen Kontinent und diese Europäische Union steuern.

Welches Europa wollen wir? Ich glaube, das sagt die Bayerische Verfassung genauso gut wie die Präambel des Lissabon-Vertrages. Die Ziele sind in beiden Dokumenten wie auch in den Formulierungen des deutschen Grundgesetzes genau bestimmt. Wir wollen ein Europa, das Freiheit schafft, das Demokratie als Lebensform garantiert, also die Freiheit der Menschen ermöglicht. Wir wollen ein Eur-

opa, das zusammenhält und nicht auseinanderfliegt, zwischen den Staaten wie innerhalb der Staaten; also ein Europa, das sowohl wirtschaftlich wie sozial alle mitnimmt. Und wir wollen ein Europa der Sicherheit.

Der Termin heute hätte nicht besser gelegt sein können, das finde ich auch. Der Nobelpreis hat uns nochmals veranlasst, die Spreu vom Weizen zu trennen, das heißt auf das Grundsätzliche zu schauen und nicht nur auf die Details. Der Preis war und ist für mich eine besondere Freude. Ich bin zurzeit Präsident der Internationalen Europäischen Bewegung. Und in der Tat hatten wir bei unserem Viertelsensemble im Mai auf Vorschlag unserer Norwegischen Europäischen Bewegung das Thema Nobelpreis für die EU auf dem Tisch liegen. Wir haben den Vorschlag einstimmig befürwortet. Und es ist natürlich eine riesige Freude, dass schon wenige Monate später und noch im gleichen Jahr diese Idee geehrt wird, die Idee von 60 Jahren Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent.

Wer soll den Nobelpreis empfangen? Ich war heute Morgen in Brüssel, im großen Forum, mit genauso vielen Leute wie hier, und die erste Frage lautete: Wer soll den Preis entgegennehmen? Herr Barroso hat gesagt, der Preis gehört den 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union. Ich bin der Meinung, wenn es um Symbolik geht, dann sollte der Prä-

sident des Europäischen Parlaments den Preis entgegennehmen, und die beiden anderen Präsidenten, jener der Kommission und jener des Rates, sollten ebenfalls anwesend sein.

Denn, Herr Kollege Gauweiler, ähnlich wie wir damals das Duale System in der Mülltrennung hatten – haben wir jetzt auch in der EU diese duale, diese doppelte Legitimation, die dieses Projekt so einzigartig in der Geschichte macht; nämlich die Legitimation durch die Mitgliedstaaten, vertreten durch die Staatenkammer, den Ministerrat und auch die Legitimation durch die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger, vertreten durch die Bürgerkammer, das Europäische Parlament.

Ich denke, der Friedensnobelpreis für die EU ist Ausdruck der europäischen Idee, die schon während des Krieges geboren wurde. Ich war dieses Jahr zum ersten Mal in Ventotene, einer kleinen Insel auf der Höhe zwischen Rom und Neapel, wo Mussolini Altiero Spinelli und andere ins Gefängnis werfen ließ. Als er auf dieser kleinen Insel im Gefängnis saß, hat Spinelli tief nachgedacht, und in dieser extremen, mit Krieg und Gefängnis belasteten Situation, kam er auf die Idee, sein Europamanifest für ein föderales Europa zu schreiben, für die, wenn man so will, Vereinigten Staaten von Europa, für einen europäischen Bundesstaat. Vielleicht braucht man Extremsituationen, um den Blick nicht zu verlieren, nicht Nebel vor

Augen, sondern einen klaren Blick zu haben, worum es geht und was man erreichen kann. Ich glaube, Sie stimmen mir zu, die letzten 60 Jahre sind sicherlich die besten, die man in langen Zeiträumen für Deutschland wie für Europa zählen kann.

Diese europäische Einigung ist ein Glücksfall gerade für Deutschland in der Mitte Europas. Keiner hat das mehrfach besser ausgedrückt als Helmut Schmidt, erst vor Kurzem wieder beim Friedenspreis in Osnabrück, dem westfälischen Friedenspreis, aber auch Bundestagspräsident Lammert hat es hier in München formuliert: Es ist gerade Deutschland, das in ganz besonderer Weise von der europäischen Einigung profitiert, nicht nur wegen der Wiederaufnahme in die Völkergemeinschaft nach dem Desaster des Zweiten Weltkriegs, die keineswegs selbstverständlich war und über die man nur froh sein kann, dass sie so schnell möglich wurde.

Es war die europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Ludwig Erhard wesentlich geprägt hat. Keine andere Industrie hat so großen Nutzen aus dem offenen Markt und dem freien Wettbewerb gezogen wie die deutsche Exportindustrie. Wir sind stärker geworden. 60 Prozent aller Güter, die wir herstellen, gehen heute in die EU, immerhin 40 Prozent in die Eurozone. Wir haben auch mit Belgien – geschweige denn mit Frankreich oder mit Italien – noch ein größeres Handelsvolumen als mit China. Die Musik spielt für unsere

Wirtschaft noch, sage ich, in Europa. Das wird sich in den kommenden Jahrzehnten sicherlich verändern, aber vielleicht braucht man gerade deswegen ein tiefes Nachdenken, was Sinn und Zweck der EU in Zukunft sein kann.

Wir haben die Osterweiterung realisiert, die ja eigentlich keine Osterweiterung war, sondern die Länder Mitteleuropas in die Gemeinschaft aufgenommen hat, wovon wir Deutsche wie kein anderes Land profitiert haben. Man braucht nur nach Warschau, nach Prag oder nach Budapest zu gehen, um zu sehen, was deutsche Präsenz dort auch wirtschaftlich bedeutet. Es hat mal einer gesagt, wir sind von Freunden umzingelt, früher waren es Feinde. Wir brauchen keinen Bundesgrenzschutz mehr. Wo und wann hat es das jemals gegeben?

Dann haben wir die Währungsunion realisiert, die kein Opfer der deutschen Einheit ist. Das ist lediglich eine Kampfparole, wenn behauptet wird, wir hätten die Währungsunion nur bekommen, damit die Franzosen der deutschen Einheit zustimmen. Die Währungsunion ist ein langfristiges Projekt aus den 1960er und 1970er Jahren. Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing haben schon in den frühen 1970er Jahren die Währungsschlange, das Währungsinstitut und die gesamten Vorbereitungen der Konvergenz organisiert. Die Einigung auf die Währungsunion war vielleicht der Moment, wo man es mit be-

herztem Mut angegangen ist, aber wir sind nicht Opfer und die D-Mark wurde nicht wegen der Wiedervereinigung aufgegeben, auch wenn es von einigen standhaft behauptet wird.

In der Tat: Die Währungsunion sollte eigentlich mehr sein als nur die Europäisierung des Geldes. Sie sollte schon damals eine Wirtschafts- und Währungsunion mit einer dahinter stehenden politischen Union werden. Das ist nicht gelungen, weil vor allem Frankreich seinerzeit nicht dazu bereit war. Mehr ist aus dem Maastricht-Vertrag nicht rauszuholen gewesen. Trotzdem waren alle optimistisch, dass es gut gehen wird. Die Spekulationen, die wir in den 1990er Jahren erlebt haben, daran sollte man sich auch erinnern, sie sind verschwunden. Man glaubte aber auch, dass der Binnenmarkt und die gemeinsame Währung die Länder mit sich ziehen würden. Zehn Jahre später musste man allerdings feststellen, dass wir zwar eine Währung, aber auch 27 verschiedene Märkte in den EU-Ländern beziehungsweise 17 verschiedene Märkte in der Eurozone haben.

Wir haben Diskrepanzen und Unterschiede in den Märkten: starke Märkte, starke Länder, schwache Märkte, schwache Länder. Wir hatten in den letzten zehn Jahren Verwerfungen und wir waren auf Kompensationsschritte nicht vorbereitet, auf Instrumente, die das ausgleichen und einfangen können. Ich glaube, dass das, was wir jetzt mühsam seit zwei, drei Jah-

ren tun, und was uns auch noch zwei, drei weitere Jahre beschäftigen wird, die Reparaturarbeiten dessen sind, was bei Einführung der Währungsunion nicht gelungen ist. Jetzt muss man einiges mit viel mehr Pein und Verlusten nachholen.

Trotzdem bin ich seit zwei, drei Monaten wieder optimistisch. Im Frühsommer hatte man den Eindruck, die Sache könnte aus einanderfliegen, aber in den letzten Wochen, meine ich, fügt sich das Bild zusammen. Wir kriegen jetzt allmählich die Instrumente, die wir brauchen und die zuvor nicht da waren.

Herr Kollege Gauweiler, in allen Ehren, dass Sie mit Ihren Klagen diese demokratische Rückkoppelung ins Rampenlicht gebracht haben. Das ist gut so, aber ich sage auch: diese Prozesshansselei der immer selben Professorenriege, die schon 1991 gegen den Euro geklagt hat, die gegen den Lissabon-Vertrag war, gegen den ESFS und gegen den ESM geklagt hat. Sie müssen doch nicht noch zehnmal nach Karlsruhe laufen. Wir wissen, dass sie gegen den Euro sind. Aber wir wissen auch, dass sie Unrecht haben mit ihrem Generalangriff auf diesen Schritt der europäischen Einigung. Man müsste sich die Welt nur ohne Euro vorstellen. Wir wären der Spekulation der Finanzmärkte gnadenlos ausgeliefert.

Die eigentliche Weltmacht, das sind nicht die USA, das ist auch nicht China. Die ei-

gentliche Weltmacht, das sind die gigantischen Finanzmärkte, die per Mausklick Milliarden bewegen, teilweise Firmen im Visier haben, und jetzt, seit sie sich selber verspekuliert haben, auch ganze Staaten ins Visier genommen haben.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur eine Fiskalkrise, also eine Verschuldenskrise in den Wohlfahrtsstaaten Europas, wir haben auch diese Finanzmarktkrise. Einer hat mal geschrieben, es sei ein schlauer Trick der Finanzbranche gewesen, uns einzureden, dass das eigentliche Problem die Verschuldenskrise ist, und nicht diese Unordnung, diese Intransparenz, diese toxischen Papiere und diese völlige Überdimensionierung des Finanzsektors, der 2008 geplatzt ist, weshalb die Steuerzahler allein in Europa – man höre – 4.300 Milliarden Euro, also 4,3 Billionen Euro aus Steuermitteln aufbringen müssen, um Banken zu retten und die Wirtschaft seit diesen kritischen Tagen und Wochen des Jahres 2008 vor dem Kollaps zu bewahren.

Deshalb meine ich, wenn wir über die Zukunft Europas reden, dann reden wir sicherlich über die Rückführung der Verschuldung. Wir reden aber auch über die Kontrolle dieser Finanzmärkte und die Bankenunion, die jetzt ansteht. Das ist ein Instrument, um Großbanken unter eine wirkliche Aufsicht zu bekommen. Man hat gemerkt, dass die nationale Aufsicht nicht funktioniert hat. Es gibt

Interessenkonflikte, wenn man zu nahe dran ist. Das ist in Frankfurt nicht anders wie in Madrid. Man schaut schneller weg.

Wir brauchen eine neutrale Stelle, die diesen Finanzmarkt kontrollieren und früh Alarm ausrufen kann. Und wir brauchen eine Beteiligung der Finanzmärkte an den Kosten dieser Misere: die Finanztransaktionssteuer, die Spekulationssteuer, die meines Erachtens zwingend kommen muss. Es ist doch aberwitzig, dass wir auf alles Steuern erheben, nur nicht auf Börsenspekulationen. Das ist schon lange nicht mehr erträglich, und jetzt, nach diesen riesigen dort verursachten Kosten, erst recht nicht. Darüber hinaus bedeutet es wertvolle Einnahmen, die wir wahrlich gebrauchen können.

Ich glaube, dass die Währungsunion unvollständig und defizitär war. In der Not musste jetzt sehr vieles sehr schnell gemacht werden, was notgedrungen nicht allen Kriterien genügen konnte. Ich glaube, dass wir in den nächsten zwei, drei Jahren noch mal einiges einfangen müssen zu den Rahmenbedingungen, wie wir uns Europa vorstellen: mit demokratischer Kontrolle, da wo sie jeweils hingehört. Sofern es nationale Entscheidungen sind, mit Kontrolle der nationalen Parlamente. Aber, meine Damen und Herren, auch da, wo es europäische Entscheidungen sind, mit Kontrolle des Europäischen Parlaments.

Der Euro ist die Währung der Europäischen Union, so steht es im Vertrag, und das Parlament des Euro, das ist nicht der Bundestag, sondern das Europäische Parlament. Das muss man ganz klar sehen: Ob bei der Bankenaufsicht, bei der Kontrolle des europäischen Währungsfonds, des EMS – überall dort, kann die Kontrolle nicht von 17 nationalen Parlamenten ausgeübt werden, sondern nur von einem Parlament, das dafür gewählt wird und gewählt wurde, und das ist das Europäische Parlament. Man kommt ja auch bei dem Bemühen, dass die nationalen Parlamente das alleine machen sollen, sehr schnell an das Ende der Fahnenstange.

Es war tatsächlich ein Treppenwitz der Geschichte, dass der Bundestag freitagnachts über den Fiskalpakt und den ESM abstimmen sollte und freitagnachmittags, getrieben durch die Problematik, der europäische Gipfel in Brüssel diesen Pakt bereits wieder verändert hat. Das heißt, die Abgeordneten haben abends über etwas abgestimmt, was nachmittags schon verändert wurde. In der Sache liegt eine Problematik, die die Überforderung eines Parlaments regelrecht provoziert. Hinzu kommt, dass wir mit 17 Parlamenten Einstimmigkeit brauchen. Es reicht ein Parlament, das „Nein“ sagt, um uns handlungsunfähig zu machen. So kann es nicht funktionieren. Wir brauchen den Schritt nach vorne, den nächsten Integrations-schritt.

Ich glaube, der Fiskalpakt, nach deutschen Vorstellungen der Schuldenbremse, wird noch viel Mühe machen. Er wird dringend kompensiert und mit einem Wachstumspakt ergänzt werden müssen. Das Europa, das wir alle wollen, kann nicht ein Europa der Jugendarbeitslosigkeit sein, ein Europa der wachsenden Armut. Man sieht doch, wie jetzt Hunderttausende bis Millionen in die Prekarität schleudern.

Wir brauchen dringend auch einen Wachstumspakt, um dort Investitionen zu tätigen, wo sie ohnehin nötig sind. Als Vorsitzender des Umweltausschusses im Parlament hätte ich dazu viele Ideen. Auch Roland Berger hat kürzlich ein Gutachten vorgelegt und darin festgehalten, dass wir viele Milliarden brauchen, um unsere Infrastruktur im Energiesektor, im Mobilitätssektor und bei der Kommunikation auf Vordermann zu bringen. Da meine ich, muss die EU jetzt einiges nachholen.

Als Sozialdemokrat sage ich, wir brauchen auch einen Sozialpakt. Dabei geht es nicht um eine Harmonisierung auf ein und das-selbe Niveau, aber es darf keinen Wettlauf nach unten geben. Wenn ein Mitgliedstaat die Steuern senkt, dann müssen im Mo-ment auch die anderen ihre Steuern sen-ken. Das gleiche gilt für Sozialleistungen. Ich glaube, dass wir eine soziale Konvergenz brauchen, je nach Leistungsstand. Wir brauchen einen gewissen Betrag für Bildungsausgaben in Europa, eine gewisse

Stabilisierung des Gesundheitssystems, ein gewisses Vorhandensein der öffentlichen Dienstleistungen, und ein Gemeinwesen, an dem die Bürger teilnehmen können. Das ist auch ein Europa, wie ich es mir vorstelle: ein soziales Europa!

Meine Damen und Herren, Europa schaut auf Deutschland. Wir Deutsche haben die EU sehr weitgehend geprägt. Wenn wir hier in München oder in Berlin diskutieren, machen wir uns nicht klar, wie sehr aus dem Blickwinkel der anderen dieses Europa ein deutsches Europa ist: Der Binnenmarkt ist ein deutsches Projekt, ebenso die Währungsunion oder die Vorstellung einer politischen Union. Wesentliche Dinge dieser Europaidee sind von Deutschland geprägt worden. Manche möchten gerne, dass wir eine große Schweiz sind; sehr freundlich zu allen, aber nicht wirklich Verantwortung übernehmen – das aber geht nicht mehr. Gerade nicht in dieser Krise!

Wir sind das größte, wir sind das stärkste Land, wir müssen die Lokomotive sein, wir müssen Führung zeigen, und daran hat es jetzt zwei Jahre lang schwer gemangelt. Ich will jetzt nicht in Beckmesserei gehen, aber ich kann es mir trotzdem nicht verkneifen: Man braucht nur gestern und heute in die Zeitung zu schauen. Heute: Herr Söder denkt immer noch über Plan B nach, wie man Griechenland aus dem Euro werfen kann. Gestern: Frau Aigner im *Spiegel* mit dem Hinweis, wir dürfen nicht

vergessen, wem Europa in erster Linie nutzt. Deutschland in der Mitte Europas und Bayern als Exportland – dieser Aspekt kommt mir bei vielen Debatten über den Euro zu kurz. Und im *Focus* gestern Markus Färber: Herr Seehofer hört ein bisschen zu sehr auf Peter Gauweiler.

Der Rauswurf der Griechen aus dem Euro wäre in Deutschland durchaus populär, das glaube ich auch. Aber er würde den deutschen Steuerzahler viel Geld kosten, auch in Bayern. Ich hoffe, die Vernunft wird sich durchsetzen und dieses Potpourri an Meinungen wird sich beim CSU-Parteitag am kommenden Wochenende klären. Unter Franz Josef Strauß wären so viele unterschiedliche Meinungen in der Partei wohl nicht möglich gewesen, aber da standen ja auch die Vereinigten Staaten von Europa noch im Wahlprogramm der CSU. Und das war vor ein paar Jahrzehnten.

Meine Damen und Herren, der Nobelpreis hat uns noch mal die Fundamente der Europaidee vorgelegt. Der Europagipfel am Freitag soll den Fahrplan für eine echte Wirtschafts- und Finanzunion klären, hin zu einer politischen Union. Und – um es kurz zu machen: Wir brauchen, gerade auch für junge Leute, eine Begründung für mehr Europa. Diese Begründung war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sicherlich der Frieden, und er bleibt nach wie vor die Grundidee. Aber im 21. Jahrhundert liegt sie auch in der

Selbstbehauptung dieses Wurmfortsatzes der asiatischen Landmasse in Zeiten der Globalisierung.

Europa machte am Anfang des letzten Jahrhunderts 25 Prozent der Weltbevölkerung aus. Die heutige EU mit ihren 500 Millionen Menschen umfasst noch 12 Prozent der Weltbevölkerung. In 20 Jahren werden wir nur noch acht Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Keiner dieser nationalen Zwerge in Europa wird dann noch irgendetwas mitzureden haben, wenn es künftig um Leit- und Wertvorstellungen und natürlich auch um Interessen geht.

Es ist gar keine Frage, nur gemeinsam sind wir stark. Und deswegen hoffe ich, dass auch die heutige Veranstaltung einen Mosaikstein beitragen kann – trotz des Unwillens und der Frustration, die allenthalben, und auch bei mir, zu spüren sind –, dass wir den Blick nicht verlieren für das, was wir noch machen müssen. Zwei Generationen haben an diesem Europa gebaut, die immer wussten, was notwendig ist. Die heutige Generation ist wieder an einem Scheideweg, an dem es heißt: Vorangehen oder zurückfallen. Und ich meine, die Alternative ist klar: Wir müssen das europäische Haus fertig bauen!

Vielen Dank für die Einladung!

Auszüge aus der Diskussion

Prof. Dr. Ursula Münch: Zunächst ganz herzlichen Dank an Sie beide! Wir wollen Ihnen jetzt zunächst kurz die Gelegenheit für die eine oder andere Erwiderung geben. Zum Beispiel würde mich interessieren, ob Sie, Herr Gauweiler, diese Vorstellung teilen, dass das Europäische Parlament eine stärkere Kontrolle ausüben soll – die Eurokontrolle, wie es Herr Leinen genannt hat. Können Sie sich das vorstellen, Herr Gauweiler?

Dr. Peter Gauweiler: Herr Leinen hat sehr viel gesagt. Und ich will nicht auf alles eingehen – aus Sympathie mit ihm und mit Ihnen. Ganz kurz: Das Europäische Parlament findet im Zusammenhang mit den Mechanismen des ESM und des ESFS nicht statt. Wenn auch Sie das beklagen, haben Sie recht. Aber wir müssen vom rechtlichen Status quo ausgehen. Das Europäische Parlament ist in diesem Zusammenhang ein Nullum, ein Nihil, es kommt nicht vor. Bei den Beratungen des Direktoriums und des Gouverneursrats der EZB darf ein EU-Kommissar in ganz bestimmten Fällen zwar anwesend sein, aber der darf darüber nicht dem Europäischen Parlament berichten.

Sie kennen die Einwände, die es generell gegen das Europäische Parlament gibt, die seinen Status als Volksvertretung und die Problematik „one man, one vote“ betreffen. Das brauchen wir heute nicht auszudiskutieren, darüber haben schon viele Akademietagungen stattgefunden. Nur, das Eu-

ropäische Parlament hat in seiner jetzigen rechtlichen Konstitution nichts, aber auch gar nichts im Zusammenhang mit der europäischen Währungskrise zu sagen.

Ich bin oft ein Kritiker des Europäischen Parlaments, aber ich finde es einen Skandal, dass ein Gremium, das sich selber in manchen Fällen demokratisch nur tarnt, so offen gegen seine eigenen Prinzipien verstößt.

Mit Blick auf die Klage in Karlsruhe: Vielen Dank, dass Sie einräumen und sagen, dass das dringend notwendig war. Das trennt uns nicht im Parteipolitischen, und es ist auf Dauer nicht gut, dass die Abgeordneten aller Fraktionen von einem Verfassungsgericht immer darauf hingewiesen werden müssen, dass sie nicht Schecks an alle möglichen Instanzen ausstellen dürfen. Sonst geht es uns wie „Hans im Glück“, und wir werden das Gold der parlamentarischen Vertretungen in einen Schleifstein umwandeln. Es haben nicht nur ein paar frustrierte Professoren geklagt – diese vier Professoren, von denen zwei parteifrei und zwei Mitglieder Ihrer Partei sind –, sondern auch die Organisation *Mehr Demokratie* stellvertretend für 35.000 Menschen. Auch aus dem Bayrischen Landtag haben übrigens zwei Abgeordnete geklagt; eine sitzt hier im Raum, das ist unsere Kollegin Claudia Stamm, die auch nicht bei der CSU ist. Durch ihre mutige Tat sollten sie eigentlich dem virtuellen überparteilichen „Or-

den der Tapferkeit vor dem Freunde“ angehören.

Ich denke, dass es Aufgabe des Europäischen Parlaments wäre, auf diese Defizite hinzuweisen. Sie sollten froh sein, dass sich jetzt gegen diese Bevormundung in den Volksvertretungen auch 16 Abgeordnete der Französischen Nationalversammlung aus der UMP, der Partei des früheren Präsidenten, an das französische Verfassungsgericht gewandt haben, und sagen: Europa ist demokratisch oder es besteht nicht.

Jo Leinen: Ich finde es schade, dass jetzt der Rechtsanwalt Peter Gauweiler und nicht der Europapolitiker Peter Gauweiler geredet hat. Das ist sehr viel Rechtsarithmetik gewesen. Was in Berlin, was in den nationalen Hauptstädten deutlicher werden muss, ist eine Integrationsverantwortung der nationalen Parlamente. Auch das hat das Verfassungsgericht gesagt. In der Tat hat die EU begonnen als ein Europa der Regierungen – und so ist es auch weitergeführt worden. Vor 30 Jahren kam dann immerhin das Europäische Parlament dazu. Aber auf nationaler Ebene ist Europapolitik lange Außenpolitik geblieben. Die EU ist aber eigentlich Innenpolitik. Die Parlamente haben die EU wie Außenpolitik betrachtet, und die ist das Vorrecht der Exekutive. Man hat sich nicht darum gekümmert, vielleicht auch deshalb nicht, weil man nicht allzu viel dazu beizutragen hatte. Das erkenne ich an.

Ich finde es aber unredlich zu behaupten, beim Rettungsschirm habe das Parlament nichts zu sagen. Dort nämlich wird ein Instrument geboren, nicht aus der vorhandenen EU-Kompetenz, sondern als Kreativität zwischen den Euro-Mitgliedstaaten. Und wenn wir nach vorne schauen: Was ist die nächste Etappe? Das, was wir seit zwei Jahren betreiben, waren Notstandsgesetze. Ich sagte bereits, dass wir das wieder einfangen müssen. Ich bin sicher, dass wir einen dritten Konvent bekommen, einen neuen Konvent, bei dem die rechtlichen Grundlagen für eine echte Wirtschafts- und Fiskalunion geschaffen werden. Wenn diese Kompetenzen auf europäischer Ebene sind, dann, so denke ich, wird das Europäische Parlament auch dasjenige Parlament sein, das die demokratische Kontrolle ausübt.

An Ihrem Vortrag muss ich noch eines bemängeln, das meines Erachtens in eine ganz falsche Richtung geht, weil es den Eindruck erweckt, dass wir die Vereinigten Staaten von Amerika kopieren wollten. Wer will das? Niemand! Wer will denn von Brüssel aus mit einem sogenannten Finanzminister durchregieren? Niemand!

Herr Schäuble hat heute gesagt, dass wir das Instrument der Haushaltsüberwachung brauchen. Es war ein Defizit, dass alle drauflos gewirtschaftet haben und wir am Ende vor einem Scherbenhaufen standen. Wir brauchen, wie bei der Bankenaufsicht, auch in der Währungsunion

eine Haushaltsaufsicht, bei der aus Brüssel ein Mahnbrief kommt, wahrscheinlich vom Währungskommissar. Um diesen Brief schreiben zu dürfen, muss der Währungskommissar allerdings mehr Kompetenzen bekommen, denn im Moment darf er das nicht. Die nationalen Parlamente sind dann gehalten, die zu hohen Defizite nach ihrer eigenen Fasson abzubauen, entweder durch mehr Einnahmen oder durch weniger Ausgaben. Da sind wir weit entfernt von Durchregieren. Aber wenn man diese Vorschläge attackiert, dann frage ich mich, wie man eine Währungsunion weiterführen will, in der man diese Elemente der koordinierten Haushaltsführung nicht hat – und stattdessen auf Gott vertraut, dass jedes Land schon macht, was richtig ist. Es hat sich ja gezeigt, dass das nicht funktioniert.

Und noch ein letztes Wort zur Vielfalt, gerade auch hier in Bayern. Ich kann partout nicht erkennen, wo die EU die Vielfalt untergraben würde. Im Gegenteil, wenn man über die deutschen Grenzen hinausblickt, dann sieht man, dass die Europäische Union dazu geführt hat, dass in Spanien, in Frankreich, in Italien, dass in Großbritannien Regionalisierung überhaupt erst stattgefunden hat. Wir hatten doch fast ausschließlich starke Zentralstaaten in Europa. Wenn die Schotten sich jetzt sogar trauen, ein Referendum über ihre Unabhängigkeit durchzuführen – vor fünf Jahren unvorstellbar –, dann ist das ein Prozess, der einen allgemeinen Trend do-

kumentiert: Internationalisierung und Europäisierung auf der einen Seite, Regionalisierung und Heimatbewusstsein auf der anderen Seite.

Geschwächt wird dabei zweifellos der Nationalstaat. Aber dieser ist nicht gottgegeben, sondern eine politische Form der letzten paar Jahrhunderte, in manchen Ländern erst seit 100 Jahren. Den Nationalstaat gab es vorher nicht. Er ist eine Kreation der letzten 300 Jahren nach dem Westfälischen Frieden. In geschwächter Form wird es ihn noch lange geben, aber es werden die Regionen und es wird die EU gestärkt werden. Das ist der Megatrend des 21. Jahrhunderts. Wer sich dagegen wehrt, der kämpft gegen Windmühlen, und er ist kein deutscher Siegfried, sondern eher ein Don Quijote.

Ursula Münch: Herr Gauweiler, Sie haben ausgeführt, welches Europa Sie nicht wollen. Doch welches Europa wollen Sie? Hätte der ganze Integrationsprozess Ihres Erachtens in anderen Formen, mit anderen institutionellen Orientierungen ablaufen sollen? Aber wo hätte, Ihrer Einschätzung nach, die Gestaltung in welche Richtung gehen müssen?

Peter Gauweiler: Gute Frage. Es gibt einen Aufsatz des belgischen Journalisten Leon de Winter im *Spiegel*. Er hat der EU unter dem Motto „Weniger wäre mehr“ empfohlen, sich zur EWG zurückzuentwickeln.

Wenn Sie nach meinem Europa fragen: Mein Europa ist das Europa, das wir haben. Wir haben eine real existierende Europäische Verfassung, die überhaupt nicht ins Spiel gebracht wird. Es gibt sie seit 1950, die EMRK – die Europäische Konvention für Menschenrechte. Sie hat eine riesige Erweiterung erfahren. Sie hat nach 1990 Russland aufgenommen, die Türkei ist wie selbstverständlich Mitglied der Beratenden Versammlung, und sie hat Statuten, die ganz leicht lesbar sind, wie es sich für eine Verfassung gehört. Sie erhält das Europäische an Europa. Die Verteidigung dieser Grundrechte macht das Europäische aus. Ich weiß nicht, warum die Europäische Kommission bis zum heutigen Tage nicht dazu zu bewegen war, dass die EU als Institution dieser Konvention beitritt. Man hat es jetzt vor und es wird übrigens auch im Europaparlament gefordert. Also, wenn Sie so wollen, das ist ein großes Idealbild.

Das andere ist die Europäische Union. So wie wir sie jetzt sehen, müsste sie eigentlich einer Generalinventur – Sie nennen es einen dritten Konvent – unterzogen werden. Da muss ich sagen: Wir waren mal beide Umweltminister und wissen, ein Biotop kann man auch durch zu viel Energie kaputt machen. Hier ist ein weniger ein mehr.

Mir läuft es kalt den Rücken herunter, wenn ich Ihre Vision von einem Erdteilparlament höre. Was Sie alles überneh-

men wollen, von einem Parlament, das selber vom Essential des Parlamentarismus – gleiche Vertretung aller – meilenweit entfernt ist. Das ist nicht meine Polemik, sondern das haben hohe Gerichte, nicht nur aus Deutschland, in vielen Entscheidungen immer wieder betont. Eigentlich ist das Europäische Parlament in einer Situation, wie wir sie verkleinert – aktuelles Beispiel: im Rat der EZB – auch bei anderen Gremien haben: ein Vertreter für 80 Millionen Deutsche, ein Vertreter für 8 Millionen Griechen, ein Vertreter für 800.000 Malteken.

Sie können Demokratie darauf nicht aufbauen, sondern nur ihre Karikatur. Sie schädigen damit die europäische Idee und sie führen zu dieser Trotzabweitung, bei der jeder sagt: Was machen die eigentlich mit einer guten Idee. Was macht ihr mit unserem Europa?

Jo Leinen: Also, solche Reden könnte ich auch halten. Ich habe Herrn Stoiber gesagt, es wäre für mich – als wirklich eingefleischten Europäer – wesentlich einfacher, eine Anti-Europarede in Vilshofen oder in einem bayerischen Bierzelt zu halten als eine Pro-Europarede. Denn es ist viel schwieriger, diese Koordination, diese Integration von 27 Völkern und Staaten zu erklären.

Wir haben doch auch in Deutschland mit 16 Bundesländern komplizierte Verhältnisse. Es kann doch nicht überraschen,

dass in Europa bei 27 Staaten, wo es kein Vorbild, kein Blueprint gibt, wo wir uns Schritt für Schritt als Pioniere einer transnationalen Einheit vorantasten, Fiktionen gibt. Das ist gar nicht zu vermeiden, aber es gibt keinen historischen Fehler.

Ich habe die drei Etappen, die man als historische Etappen werten kann, genannt: Der Binnenmarkt war eine deutsche Forderung, die Erweiterung zu unseren Nachbarn in Mitteleuropa war eine deutsche Forderung, die Währungsunion war eine deutsche Idee, den Binnenmarkt zu stabilisieren.

Wenn wir jetzt für die Harmonisierung zum Beispiel die Sattelgrößen bei Traktoren nehmen, dann stellt sich heraus, dass eine bayerische Traktorensattelfirma diese Norm haben wollte, um einfacher produzieren zu können und nicht für jeden Staat andere Maße anfertigen muss. Aber das ist Kleckerkram. Da darf man sich drüber unterhalten.

Herr Stoiber war bei der letzten Sitzung am Donnerstag im Umweltausschuss und ich muss sagen: Er ist vom Saulus zum Paulus mutiert, man erkennt ihn kaum wieder. So positiv wie er über Europa redet, habe ich ihn als bayerischen Ministerpräsidenten nie reden hören. Vermutlich, weil er in Brüssel gesehen hat, was gerne als Bürokratie bezeichnet wird. Das sind gar nicht die EU-Gesetze, sondern das ist die Umsetzung der EU-Gesetze in den

verschiedenen Ländern. Er hatte schöne Beispiele, dass für dieselbe Umsetzung in einem Land drei Wochen gebraucht werden, in einem anderen dagegen drei Monate; in einem Land brauchen Sie eine Seite Formular, in einem anderen 30 Seiten.

Ich glaube, Jürgen Habermas hat den Blick nach vorne. Magnus Enzensberger ist für mich eine tiefe Enttäuschung, so liederlich wie er über Europa schreibt: Wenn in Berlin ein Gesetz gemacht wird, dann ist das hohe Politik, wenn in Brüssel ein Gesetz gemacht wird, dann ist das Bürokratie. Das ist doch völliger Unsinn! Das sind Normen für Umweltschutz, für Verbraucherschutz, für sozialen Schutz, die wir für 500 Millionen Menschen machen. Und ich glaube, mit Ausnahme einiger Dinge, die nicht immer gut gelingen, hat die EU eine richtige Marschrichtung und ist auch zum Nutzen der Menschen in Europa. Das kann man nicht von der Hand weisen.

Ursula Münch: Die Fragerunde wird nun auf unser Publikum erweitert. Ich darf Sie um Ihre Frage bitten, und Sie sagen am besten auch gleich, wer auf Ihre Frage antworten soll.

Prof. Dr. Dr. Peter Claus Hartmann (Geschichtsprofessor): Europa ist für mich eine große Errungenschaft und Europa muss eine Zukunft haben. Aber deshalb glaube ich, dass das Argument von Herrn Gauweiler, die Legitimation des

heutigen Europa, der Europäischen Kommission usw. schon ein schwerwiegendes Problem darstellt. Ich würde sagen, wir bräuchten ein Europa der Regionen mit starker Subsidiarität. Leider ist die Entwicklung gegensätzlich und man müsste daran arbeiten, dass diese Legitimation verstärkt wird. Herr Leinen sagt zwar, das Europaparlament wäre so eine Legitimation, aber auch hier sehe ich ein großes Defizit an demokratischer Legitimation. Wenn ein Wähler in Luxemburg oder Malta das zehnfache Gewicht hat wie ein deutscher Wähler, dann entspricht das einem Mehrklassensystem aus dem 19. Jahrhunderts und ist nicht würdig für das 21. Jahrhundert. Da wäre also etwas schwer aufzuarbeiten.

Ursula Münch: Wir nehmen noch eine weitere Frage dazu.

Jürgen Brand: Ich habe zwei kurze Fragen an Herrn Gauweiler. Mich wundert, dass Sie Europa so auf Volksfrömmigkeit und Brauchtum zurückstutzen wollen. Konkret die Frage: Wollen Sie eine wirtschaftliche Einigung Europas? Ich bezweifle es, nachdem was ich von Ihnen gehört habe.

Die zweite Sache: Wir haben alle die Bundesbank als hohe Institution gelobt, weil sie unabhängig war. Auf europäischer Ebene fordern Sie jetzt eine Demokratisierung der Zentralbank, die wir auf deutscher Ebene nie hatten. Das ist eher ein

britisches Prinzip, das Sie da fordern. Wir haben unsere Bundesbank deshalb in so gutem Ansinnen, weil sie unabhängig und nicht demokratisch war! Dazu würde ich Sie bitten, kurz Stellung zu nehmen.

Peter Gauweiler: Bei dem Thema „Gleichheit der Stämme“ brauche ich jetzt nicht groß etwas zu sagen, weil Sie mit anderen Worten wiederholt haben, was ich selber auch gesagt habe. Das wäre der Part von Herrn Leinen.

Was das Thema Bundesbank angeht, die Europäische Zentralbank und die Gleichsetzung, die Sie hier getroffen haben, bin ich ganz anderer Meinung als Sie, wenn ich Ihnen das offen sagen darf. Ich glaube, dass das Gegenteil richtig ist.

Im Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts – ich will Sie jetzt nicht reizen, indem ich wieder ein Urteil zitiere –, aber in diesem Urteil, das die Einführung des Euro mit dem Grundgesetz als kompatibel bezeichnet hat, steht ausdrücklich, dass die Geschäftsgrundlage eine Zentralbankverfassung ist, die der Verfassungsordnung des Grundgesetzes entspricht: Unabhängigkeit und Ausrichtung auf Preisstabilität. Ganz anders als das amerikanische Modell. Sie haben vom angelsächsischen Modell gesprochen, das als Aufgabe der Zentralbank – in den USA der Fed – ausdrücklich auch die Arbeitsplatzsicherung ansieht. Bei uns ist das anders.

Die Europäische Zentralbank hat nicht nur nach meiner Meinung, sondern auch mit ihrer Entscheidung des unbegrenzten Anleihekaufs deutlich gemacht, dass sie nicht daran denkt, sich an diese Kriterien zu halten. Wenn die Zentralbank aber dazu übergeht, politische Entscheidungen zu treffen, und sich nicht – wie früher die Bundesbank – auf die reine Geldpolitik beschränkt, sondern selber politisch in die Dominanz geht, dann braucht sie dafür auch demokratische Legitimation. Das ist jetzt kein Einwand von mir, sondern vom früheren Direktoriumsmitglied Herrn Stark, der deshalb aus Protest zurückgetreten ist.

Ich habe mir vom wissenschaftlichen Dienst des Bundestages den Inhalt der Beratung des damaligen Bundestages zusammenschreiben lassen, warum für die Statuten der EZB vorgesehen ist, dass jedes Land, egal welcher Größe, nur einen Delegierten entsendet. Darin wurde erklärt, und zwar mit einer gewissen Konsequenz, dass so das Unpolitische zum Ausdruck gebracht würde, das Politiktabu, wenn Sie so wollen. Ich glaube, man kann heute nicht mehr ernsthaft bestreiten, dass alle diese Abstimmungen im EZB – die Vertreter Deutschlands stimmen dagegen, die anderen Vertreter dafür – hochgradig politisch sind. Es fehlt die demokratische Legitimation, und das hat nichts mit Volksfrömmigkeit zu tun.

Jo Leinen: Es ist immer gut, wenn man nicht vergisst, was schon einmal da war.

Ich habe kürzlich vom ehemaligen Bundesbankpräsidenten Pöhl gelesen, der zur Zeit des Maastricht-Vertrags im Amt war. Er hat gesagt: In der Tat, wir haben das Modell der deutschen Bundesbank als Vorbild genommen, wo die Landeszentralbankchefs der 16 Bundesländer jeweils eine Stimme hatten. Genau an dieser Konstruktion hat man sich auch für die EZB orientiert. Das kann man bedauern. Vielleicht war es ein Fehler. Aber es ist nun einmal so konstruiert worden. Ich weiß nicht, ob und wann man das korrigieren kann. Allerdings macht es schon einen Unterschied, ob Deutschland mit seinem Gewicht oder aber der Vertreter aus Malta dagegen stimmt. Pöhl hat es selbst gesagt: Wir haben das Modell des Bundesbankrates genommen. In Deutschland hat es funktioniert, weil die Bundesbank unabhängig und nicht politisch war. Und wir dachten, für die EU wäre das genauso.

Das Zweite: Sie haben die Frage richtig gestellt, die EZB sollte nach deutschem Vorbild gebaut werden, nämlich unabhängig. Die Bundesbank hat sich wirklich gewehrt, dass sich die Politik hier einmischt. Bei der Zentralbank soll plötzlich die Politik reinreden. Herr Weidmann hat kürzlich in einem *Spiegel*-Interview gesagt, dass auch die Bundesbank in den 1990er Jahren Staatsanleihen gekauft hat, was sie eigentlich nicht durfte. Es ist niemand so unschuldig, dass er nicht in Notsituationen eingreifen würde.

Es ist völlig falsch, wenn Sie sagen, dass die EZB nicht nach ihrem Auftrag handelt. Die EZB macht Geldpolitik und der Kauf von Staatsanleihen in dieser systemischen Krise, in der wir sind, ist ein Mittel, um Geldpolitik durchzusetzen. Herr Draghi hat auch begründet, warum: Wenn in Italien Firmen mit höheren Zinssätzen bestraft werden, wobei sie dasselbe Geschäftsmodell haben wie Firmen in Deutschland, dann ist auch die Geld- und Wettbewerbspolitik nicht mehr in Ordnung, nur weil durch die Unsicherheiten der Eurokrise – siehe Söder: wir werfen Griechenland raus, vielleicht auch Spanien – die Märkte diese Länder mit höheren Prämien belegen.

Das ist nicht akzeptabel und deshalb macht es Herr Draghi richtig, wenn er sagt, wir werden unbegrenzt intervenieren, um die Spekulanten in London und anderswo zu beeindrucken, damit sie ihre Finger lassen von diesen drastischen Bestrafungen. Wenn man genau hinschaut, ist es ja ein Treppenwitz: Die Amerikaner haben – außer Griechenland – mehr Schulden als jedes europäische Land. Auch die Japaner und die Engländer haben mehr Schulden als jedes europäische Land. Es ist doch nur die Unsicherheit bei den Finanzinvestoren, die ihr Geld zurückhaben wollen, und nicht wissen, ob man Herrn Söder oder Frau Merkel glauben soll, ob wir die Eurozone aufbrechen oder alle Länder drin behalten.

Herr Draghi muss eine Rolle übernehmen, die er nur ungern spielt, wenn er für die Politik einspringen muss, bis diese ihre Vorstellungen – hoffentlich bei den Gipfeln, die da kommen – endgültig klärt.

Zu Ihnen, Herr Professor Hartmann: Sie haben völlig recht. Das Leitbild der EU, so steht es im Lissabon-Vertrag, ist eine parlamentarische Demokratie. Aber das ist ein Gebäude im Aufbau, dem ursprünglich ein Europa der Regierungen zugrunde lag. Im Binnenmarkt gab es als Akteure nur Regierungen bis das Europäische Parlament direkt gewählt wurde. Tatsächlich haben wir jetzt bei den Europawahlen 2014 hoffentlich zum ersten Mal einen Mechanismus, den wir üblicherweise von Wahlen kennen. Ausgangspunkt ist das Votum der Bürger und der Wahlkampf, das Werben um die Stimmen der Bürger. Die Parteien werden zum ersten Mal Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten nominieren. Also, wer die Europawahl gewinnt, der stellt den Chef der europäischen Regierung, den Präsidenten der EU-Kommission. Das wird zum ersten Mal ein wirklicher Anreiz für den Europawahlkampf sein, weil dieser Gesicht und Programm bekommt.

Die Abgeordnetenzahlen im Europaparlament – auch wir sind da völlig unglücklich – wurden bei einer Regierungskonferenz von den Regierungen bestimmt. Das kleinste Land war Luxemburg, es bekam

sechs, die mittelgroßen Länder, also alle die 10 Millionen Einwohner und weniger hatten, bekamen zwischen 14 und 16 Sitze. Spanien und Polen bekamen noch etwas mehr und die großen Staaten bekamen dann quasi die Höchstzahl. Das ist so nicht haltbar.

Wir arbeiten im Parlament noch vor der Wahl an einem neuen Modell der Sitzverteilung. Man darf zwar nicht zu sehr in die Vergangenheit schauen, wo man die ganze Geschichte dieser Konstruktion erkennen kann. Aber wenn man in die Zukunft blickt, darf man nicht sagen, das Europäische Parlament sei undemokatisch und nicht legitimiert. Nein, es wird daran gearbeitet, diese Dinge nach vorne zu bringen, wobei wir in Europa nie „one man, one vote“ haben werden. Das haben wir aber auch in vielen Nationalstaaten nicht, wo Minderheiten eine größere Gewichtung bekommen als Mehrheiten.

Wir haben dafür ja in den beiden Kammern – Bürgersammer gleich Europäisches Parlament und Staatenkammer gleich Ministerrat, dort im Ministerrat mit der doppelten Mehrheit – das Übergewicht der Großen. Deutschland hat also eine viel größere Blockademöglichkeit als alle anderen. Das muss in dieser Arithmetik auch irgendwie kompensiert werden.

Ursula Münch: Danke. Dann können wir die nächsten zwei Fragen aufrufen.

Prof. Dr. Daniel Göler (Universität Passau): Ich hätte zwei Punkte. Der erste Punkt richtet sich eigentlich an beide Diskutanten auf dem Podium. Ich finde es ein bisschen schade, dass die Debatte jetzt so sehr an diesen technischen Fragen hängengeblieben ist, auch an der konkreten Wirtschafts- und Finanzkrise. Die aktuelle Krise, die wir haben, ist doch eigentlich eine tiefergehendere. Wir stellen fest, dass es unglaubliche Fliehkräfte in der europäischen Integration gibt, dass die Feindseligkeiten teilweise ein Ausmaß angenommen haben, das wir vorher nicht erwartet haben. Ich denke nicht, dass wir einfach glauben können, diese grundlegenden Probleme, die dahinterstehen oder für die solche Äußerungen Symptom sind, durch technische Instrumente, wie eine Bankenaufsicht, in den Griff zu bekommen. Ich glaube, da steckt noch ein bisschen mehr dahinter und vielleicht sollte man das diskutieren.

Der zweite Punkt: Bei der ganzen Debatte über die aktuelle Schulden- oder Finanzkrise, wie immer man sie nennen mag, stört mich, dass immer wieder suggeriert wird, es sei ein Problem der mangelnden Instrumente auf europäischer Ebene. Man hätte das alles nicht erkennen können. Es gibt ja Instrumente und es gibt Regeln. Wir haben also nicht unbedingt das Problem fehlender Regeln, sondern wir haben ein Implementationsproblem, weil die Regeln nicht angewandt werden. Auch bei der Währungsunion waren sich alle einig,

dass nicht jeder mitmachen kann, der will, sondern nur diejenigen, die bestimmte Kriterien erfüllen. Griechenland hat die Kriterien nie erfüllt, erfüllt sie heute nicht und wird sie vermutlich die nächsten 20 Jahre nicht erfüllen.

Aber ich möchte jetzt gar nicht auf den griechischen Fall kommen. Nur, wenn wir ein Implementationsproblem haben und kein Problem der Regeln, ist die Frage, ob irgendwelche neuen Regeln und neuen Mechanismen irgendetwas bringen, oder ob wir nicht in ein paar Jahren genau dieselben Probleme wieder haben und feststellen, die Regeln werden genauso wie in der Vergangenheit nicht implementiert. In bestimmten Ländern ist das Implementationsproblem ja nicht nur im Bereich der Währungsunion vorhanden. Es ist in allen Bereichen gegeben, wenn man sich die Fortschrittsberichte der EG-Kommission anschaut. In Griechenland ist es ein sehr, sehr grundlegendes Problem. Ich glaube nicht, dass wir das durch neue Regeln lösen können, und ich glaube, wir wecken falsche Erwartungen, wenn wir sagen, mit diesem oder jenem neuen Instrument haben wir es jetzt geschafft. Ich glaube, das ist eine Fehleinschätzung.

Ursula Münch: Wir nehmen noch eine zweite Frage dazu.

Dr. Urban Dorner: Zunächst möchte ich sagen, dass die EZB mit ihrer Politik doch nur dafür sorgt, dass die Staaten, die sich

fehlverhalten haben, nicht, wie in früheren Zeiten gewohnt, für ihre Staatsanleihen acht, neun, zehn oder bis zu zwölf Prozent Zinsen zahlen müssen. Die Zinsen werden runtergedrückt; sie bekommen das Geld für sechs Prozent. Das finde ich nicht richtig.

Aber ein ganz anderes Thema, Herr Leinen. Sie haben uns zu verdeutlichen versucht, dass es ohne den Euro nicht geht. Ich kann Ihnen sagen, wir haben vor dem Euro sehr gut gelebt. Ich erinnere mich sehr gut an die D-Mark-Zeiten, die ich noch in der freien Wirtschaft erlebt habe. Natürlich standen wir unter Aufwertungsdruck, aber es war machbar. Ich bin der Meinung, dass die heutige Misere durch eine zu frühe Einführung des Euros entstanden ist. Es haben Dilettanten diese Einführung vorbereitet. Hätten wir den Euro nicht, hätten wir heute weniger Probleme. Und wenn Sie auf unseren Außenhandel eingehen, dann möchte ich Ihnen sagen, und vielleicht können Sie mir das auch noch detaillierter beantworten: Was bekommen wir für unsere Außenhandelsüberschüsse innerhalb der EU von vielen Abnehmerländern? Wir bekommen Target-Forderungen, aber das ist überhaupt nichts wert.

Jo Leinen: Sie haben völlig recht, Herr Göler. Das Eis ist sehr dünn, auf dem wir in Europa gehen und man hat gesehen – nicht nur beim Besuch der Bundeskanzlerin in Athen –, wie die Dämonen der Vergangenheit sehr schnell wieder

hervorgeholt werden mit Vorurteilen, mit Beschimpfungen, mit diesem Gegeneinander, der Norden gegen den Süden, der Süden gegen den Norden usw.

Ich bin trotzdem guter Hoffnung, dass die europäische Einigung nicht zerbrechen, sondern weitergehen wird. Vielleicht auch deshalb, weil der Druck auf Europa gewaltig groß ist. Ich habe das bei meinen Eingangsthemen gar nicht erwähnt: Wir haben den demografischen Wandel. Der Kontinent wird 100 Millionen Menschen bis 2050 verlieren. Das ist ein Problem aller Länder. Wir haben den kommenden Klimawandel, und wir werden auch die Begrenzung auf zwei Grad Celsius Erwärmung nicht halten können. Wir haben Dumping und unfaire Wettbewerbsbedingungen, vor allem mit China.

Ich habe gerade, bevor ich gekommen bin, noch ein Papier unterzeichnet betreffend Dumpingverfahren wegen Haushaltsgeschirr. Bei mir im Saarland ist die Firma Villeroy & Boch ansässig. Die Chinesen haben in zwei Jahren den Import in die EU um 260 Prozent gesteigert zu einem Drittel der Preise, die hier in der Porzellan- und Geschirrindustrie üblich sind. Wir müssen uns nicht nur gegen die Solarzelgenhersteller wehren, es gibt viele unfaire Märkte. Die Chinesen würden lachen, wenn die Deutschen sich alleine wehren, aber Europa als Markt ist eine Macht, an der man nicht so schnell vorbei kommt.

Wir haben außerdem Themen wie Kriminalität und Terrorismus. Wir brauchen nur in unsere Nachbarschaft zu schauen.

Wenn das Problem mit Syrien und der Türkei eskaliert, wäre das ein NATO-Verteidigungsfall. Auch der Arabische Frühling ist völlig aus dem Blickfeld verschwunden, weil wir seit drei Jahren alle Zeit und Energie auf ESFS, ESM und Bundesverfassungsgericht konzentrieren. Europa wird von den Riesenproblemen, die auf den Kontinent zukommen, eines Besseren belehrt werden. Die Großwetterlage zeigt, dass wir gigantische Probleme haben, wofür wir die EU brauchen.

Außerdem ist es doch frappant, wie sehr sich viele Länder schon durch die Einführung des Euro gewandelt haben, und erst recht jetzt durch die Eurokrise. Es finden enorme Veränderungen in Südeuropa statt. Trotzdem werden wir niemals identische Verhältnisse haben. Aber wir haben ja auch in Deutschland nicht überall identische Verhältnisse, sondern deutliche Unterschiede von Bayern bis zur Nordseeküste. Mal sind die einen, mal die anderen stark, und vielleicht sind sogar immer die einen stark und die anderen immer schwächer. An dieser Stelle muss man eine Grundsatzentscheidung treffen: Will man das unterstützen und ausgleichen oder will man das aufbrechen.

Diese Entscheidung muss man fällen, ohne sich herumzumogeln. Ich glaube, wir können die EU nicht aufbrechen, denn

wenn man bei einer Sache anfängt, wird man bei einer anderen weitermachen. Das führt zu nichts. Wir müssen da gemeinsam durch und ich glaube, dass die EU aus dieser Krise stärker hervorgehen wird, als sie hineingegangen und hineingeschlittert ist.

Peter Gauweiler: Darf ich noch mal zu Ihnen etwas sagen, Herr Leinen? Wir sollten uns jetzt nicht im Kleinklein bewegen. Die Eurokrise – auch da haben Sie recht – bildet die Verschuldenskrise der westlichen Welt.

Ja, die Vereinigten Staaten von Amerika haben sogar eine noch vielfach größere Schuldenlast. Die USA hatten im Jahr 1980 die erste Billion Dollar Schulden. Heute streiten die Experten, ob die Vereinigten Staaten 12 oder 16 Billionen Dollar Schulden haben. Auch die japanische Entwicklung ist katastrophal, wobei in unserer Jugendzeit Japan die große Wirtschaftsmacht in Asien war und heute als kranker Mann gilt.

Unser Problem ist das riesige Auseinanderfallen zwischen realer Wirtschaft und dem, was man Finanzwirtschaft nennt. Der IWF hat das Jahresbruttoprodukt unseres Planeten, also die Summe aller Dienstleistungen und produzierten Güter des Jahres 2010 mit 68 Billionen Dollar angegeben. Die Summe der auf unseren Börsen gehandelten Finanzderivaten eines Monats beträgt aber nicht 68 Billionen

Dollar, sondern über 900 Billionen Dollar. Die reale Wirtschaft spiegelt nicht mehr wider, was im Bereich der Finanzgeschäfte in den letzten zehn Jahren passiert ist. Und hier war die Europäische Union ein Brandbeschleuniger. Sie war – mit Blick auf die Liberalisierung – vor allem ein Brandbeschleuniger bei den Banken.

In den USA hat Bill Clinton die strenge Trennung von Investmentbanking und klassischem Bankgeschäft aufgehoben. Bei uns waren es Gerhard Schröder und Joschka Fischer, die Hedgefonds erlaubt, und damit die Kontrollmechanismen der Bankenaufsicht aufgeweicht haben.

Jo Leinen: Mit starker Unterstützung der Opposition! Die Liberalisierung ging der Opposition seinerzeit gar nicht weit genug. Seien wir mal ehrlich: Wir waren alle wie betrunken von dieser Liberalisierungswelle. Man kann in den Zeitungen nachlesen, was FDP und CDU/CSU damals gesagt haben.

Peter Gauweiler: Ich bin ja nicht dafür bekannt, den eigenen Verantwortungsbereich auszuklammern, aber diese Änderung der Bilanzpolitik, der Bilanzbewertung – bei uns in Deutschland der Abfall vom alten Kreditwesengesetz, von den Bilanzbestimmungen unseres Handelsgesetzbuches –, das haben wir alles den Brüsseler Gremien zu verdanken.

Jo Leinen: Nein.

Peter Gauweiler: Indem Sie „Nein“ sagen, machen Sie es auch nicht besser, sondern zeigen nur, dass Sie es nicht wissen.

Das Problem, das damit verbunden ist, diese katastrophale Entwicklung, bei der alle mitgemacht haben – auch wenn es die rot-grüne Regierung letztlich umgesetzt hat –, liegt doch auf der Hand und muss korrigiert werden. Aber welche ESM-Politik machen wir jetzt? Sie sagen, es sei eine geldpolitische Maßnahme, die Griechen weniger Zinsen für ihre Kredite zahlen zu lassen. Was aber ist eigentlich ein Kredit? Credere, credo, da steht das Wort „Glauben“ dahinter. Den Griechen ging es besser – entschuldigen Sie, wenn ich das sage –, als sie hohe Zinsen zahlen mussten, denn es hat sie daran gehindert, sich wie Weltmeister zu verschulden, und es hat die Politiker aller Seiten vor einem Überbietungswettbewerb mit immer neuen Schulden bewahrt.

Jetzt muss der kleine Mann die Katastrophe bezahlen. Und daran ist der Euro, das mit zu vielen Mitgliedern überladene Eurosysteum schuld. Ich weiß noch, wie sich die CSU-Leute beschimpfen lassen mussten, als sie im Europäischen Parlament gegen die Aufnahme Griechenlands in die Eurozone gestimmt haben. Ich will das nicht im Einzelnen wiederholen, aber nochmal: Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage. Das Ergebnis sehen wir jetzt. Der Aberglaube, wir senken die Zinsen, damit Griechenland wieder Schulden machen

kann, muss in eine Katastrophe führen, weil es mit dem realen Vermögen dieser Bevölkerung, mit dem, was sie sich erarbeitet haben, überhaupt nichts mehr zu tun hat. Man nimmt dem Land jede Selbstbestimmung, um das zu tun, was ihr Nachbarland, die Türkei, getan hat, nämlich die eigene Währung radikal abzuwerten, um billiger zu werden. Auch die Türkei hatte viele Mühen und Notlagen zu meistern, aber sie ist heute kein Schuldenland mehr, sondern hat ein Wachstum wie der Stadtstaat Singapur, nämlich rund 12,5 Prozent. Das muss man doch sehen und darf nicht einfach sagen, wer das ausspricht, ist europafeindlich.

Weil Sie mich gefragt haben, welche konstruktive Änderung stellen Sie sich vor, wo bleibt das Positive? Ich denke, dass am Ende der Debatte die EU wirklich stärker werden kann. Da nehme ich gerne eine Formulierung von Ihnen auf. Staaten, die insolvent sind – und die Insolvenz muss kein Dauerzustand sein, wie wir am Beispiel Russlands 1997 und am Beispiel Argentiniens 2000 erlebt haben –, scheiden aus dem Eurosystem aus, aber bleiben innerhalb der Europäischen Union. Wir haben heute die absurde Situation, dass ein Staat aus dem Solidarsystem Europas dann ausgegrenzt werden kann, was aber kein vernünftiger Mensch wollen kann.

Deswegen meine ich, wenn wir unsere Disputsituation überwunden haben, dass wir dann natürlich auch über mehr demo-

kratische Rechte für das Europäische Parlament reden müssen, dass sich dann aber auch das Parlamentarische an diesem Parlament verbessern muss. Ja, man kann darüber reden, dass die kleinen Länder eine Art Sockelbetrag an Stimmen bekommen, aber es muss von den Größenordnungen her einigermaßen repräsentativ sein. Sonst haben wir keine repräsentative Demokratie, sondern eine Zusammensetzung wie bei einem Elternbeirat, der sicherlich auch gute Ideen im Einzelnen bringen, Wohlwollen verbreiten, aber letzten Endes die eigentliche demokratische Kompetenz nicht haben kann.

Man muss die Kraft haben, zu erkennen: „Small is beautiful“ – um es wie der Alt-bayer zu sagen. Die Sache muss wieder mehr nach unten delegiert werden, denn es muss nicht alles in einem Erdteil nach der gleichen DIN-Norm geregelt werden. Die Freiheit ist mehr in einem kleinen, in einer Gemeinschaft eingebundenen, aber überschaubaren Staatswesen zu verteidigen.

Ich habe mich gefreut, dass Sie sagen, dass die Schotten jetzt über ihre Unabhängigkeit abstimmen können, sei ein Erfolg der Europäischen Union. Da muss irgendetwas an mir vorübergegangen sein, aber ich bin gerne bereit, das aufzunehmen. Sie haben vorhin Europa selbst – mit anderen Worten – als kleines Anhängsel des eurasischen Kontinents bezeichnet. Dieser kleine Teil wird geprägt durch Viel-

heit. Wir machen es nicht durch Masse, da haben Sie recht, und wenn man einen Haufen Schwäche zusammenfügt, wird er dadurch nicht stark. Wir machen es durch Wettbewerb, wir machen es durch einen gemeinsamen kulturell-historischen Humus, aber wir machen es durch unterschiedliche, auch öffentlich-rechtliche Strukturen. Das ist der Wert an Europa und diese Form der Einebnung, die sollte auch die Europäische Union im Interesse unseres Heimatkontinents überwinden.

Jo Leinen: Ich kenne diese Reden. Sie gehen am Thema vorbei. Es ist doch überhaupt nicht wahr. Vom Kindergarten bis zum Altenheim und in unzähligen anderen Fällen ist doch die jeweilige untere Ebene zuständig. Man kann doch nicht behaupten, dass die EU von morgens bis nachts alles bestimmt, was wir tun. Das ist völlig übertrieben. Die EU macht das, was durch die Wirtschaftsunion, durch den Binnenmarkt auch grenzüberschreitend geregelt werden muss. Und sie schafft vermehrt Sicherheit, sie schafft Umweltschutz, sie schafft Verbraucherschutz. Man kann über das eine oder andere reden, aber dieses Pauschalurteil, dass die Vielfalt verlorengehe, kann ich beileibe nicht teilen. „Einheit in Vielfalt“ ist seit dem Verfassungskonvent sogar das Motto der EU. Die Vielfalt sowohl der Sprachen wie der Regionalentwicklung wird durch die EU gefördert. Wenn man mal über Deutschland hinausschauen würde ...

Peter Gauweiler: ... die anderen sehen das komplett anders. Das ist doch eine neurotische, introvertierte Debatte, die wir hier führen. Die anderen sehen es genau umgekehrt.

Jo Leinen: Ich finde auch, dass wir eine Situation haben, in der die Realwirtschaft fast als Randerscheinung gemessen wird an einer virtuellen und spekulativen Finanzwirtschaft. Ich hatte ja gesagt, dass das die wirkliche Weltmacht ist.

Nochmal: Das Pramat der Politik herzustellen, die demokratische Kontrolle über eine Hyäne, eine ausgewachsene Hydra zu bekommen, ist wirklich eine Herkulesaufgabe. Damit werden wir noch lange zu tun haben. Wir sehen ja, dass selbst in Europa, wenn man sich die Briten, die City of London als Beispiel nimmt, die Politik gefangen ist, und nicht frei, auf europäischer Ebene mitzumachen. Es ist einfach falsch, Herr Gauweiler, dass die EU die Liberalisierung der Finanzmärkte durchgeführt hat.

Peter Gauweiler: Aber klar, die EU hat es doch erfunden!

Jo Leinen: Das war gar nicht EU-Kompetenz. Ronald Reagan hat damit begonnen, Margaret Thatcher hat es nachgemacht, und dann war der Druck auf allen Ländern, auf dem Finanzplatz Frankfurt, auf den Finanzplätzen in Paris und Amsterdam, so groß, dass alle dieser Politik gefolgt sind.

Ursula Münch: Wir wollten nach vorne schauen, haben Sie vorhin selber gesagt. Wo sind die Berührungspunkte zu dem, was Herr Gauweiler gesagt hat und zu dem Europa, das sich das Europaparlament vorstellt?

Jo Leinen: Wir sind uns ja einig, dass dieser Kontinent mit all seiner Vielfalt eine wunderbare Geschichte hat. Meine These ist vermutlich umgekehrt wie jene von Peter Gauweiler: Ich glaube, dass wir durch die EU diese Vielfalt in der Zukunft schützen können. Wenn wir die EU nicht hätten, würde sich vieles gar nicht entfalten können oder verlorengehen. Das ist der Unterschied, ob man nun positiv zur weiteren Entwicklung der EU steht oder eher negativ. Aber es ist ein Trugschluss zu glauben, dass ohne die EU alles so schön wie früher wäre. Das wäre es nicht, es wäre vieles deutlich schlechter.

Ursula Münch: Das ich meines Erachtens ein gutes Schlusswort. Wir könnten darüber noch stundenlang diskutieren, ich weiß. Es gibt genug Zündstoff. Dass wir diese Frage „Europa – aber welches?“ nicht abschließend beantworten können, war mir vorher klar. Ihnen auch! Sie haben die verschiedenen Antwortmöglichkeiten gesehen. Wir haben versucht, ein paar Probleme rauszusuchen und wir wollten es lebhaft. Das war es. Ich bedanke mich für Ihr Interesse, für Ihr Kommen und wünsche angeregte Diskussion zum Thema Europa beim Empfang. Danke schön!

